

KORSAV

Solidaritätspreis 3,- DM

Zeitung der
Sozialistischen
Alternative
Vorab

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

1,- DM

Nr. 174 Oktober 1995

WUTIGER FÜR ABZOCKER

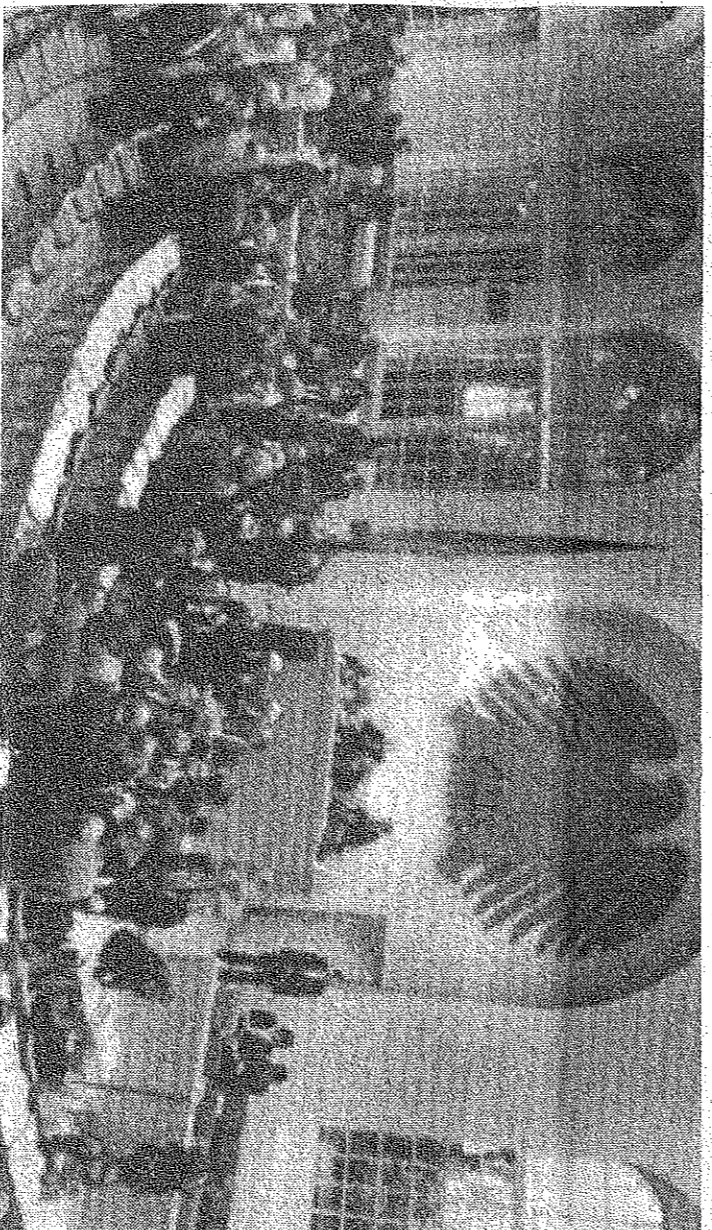
Haben Sie, liebe Leserin und lieber Leser, dieses Jahr schon über die Höhe Ihres Einkommens abgestimmt? Nicht? Dann wird es höchste Zeit. Schließlich leisten Sie doch was, und die Lebenshaltungskosten steigen auch jedes Jahr. Das haben Sie sich verdient.

Nehmen Sie sich ein Beispiel an unseren Abgeordneten. Bis zu 5.000 DM mehr im Monat darf es schon sein. Man gönnt sich ja sonst nichts. Kavirar und Champagner sind schließlich auch teuer geworden. Und dann diese Leistungsverdrückung im Parlament: seit neuestem donnerstags Anwesenheitspflicht im Plenum, wo man auch noch für „spannende“ Kurzdebatten sorgen soll.

Für die Diätenerhöhung sollte sogar das Grundgesetz geändert werden. Sinn der Sache: Damit würde die Gehaltspannung automatisch, und man müßte sich nicht jedes Jahr wieder neu rechtfertigen. Das ist zwar gegen ein früheres Urteil des Verfassungsgerichts, als sich die Abgeordneten schon einmal eine automatische Anpassung an die Erhöhung der Beamtentbesoldung verpassen wollten. Aber was der CSU beim Kruzifix-Urteil recht ist, ist den Bonner Abgeordneten billig. Da macht man eben nochmal ein ähnliches Gesetz.

Was an Kritik aus den Kreisen der Politiker selbst vorgebracht wird, ist ein Lehrstück an Heuchelei. Die FDP übt sich in Populismus und ist dagegen. Die Alt- und Neureichen der FDP-Fraktion haben es vermutlich auch gar nicht nötig, von den mageren Diäten ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. In SPD-Kreisen wird vor allem die Grundgesetz-Änderung als „verfassungsgesetzlich bedenklich“ kritisiert. Ein Ablenkungsmanöver von der Tatsache, daß sie die Höhe der Diäten offenbar voll in Ordnung finden.

Der Skandal ist vor allem, daß die SPD in Großer Koalition mit der CDU voll mitzieht. Damit demonstriert die SPD-Führung erneut, wie verkommen sie ist und wie weit sie sich schon von ihrer Wählerbasis abgehoben hat. Ihre Kumpanei bei der Selbstbedienung ist ein Schlag ins Gesicht all derer, die ständig Einkommensverluste, Abnutzen in Arbeitslosigkeit und Armut sowie Minirenten hinzunehmen hatten.



Neben der Diätenzahlung gibt es noch zusätzlich die rechts aufgeführten Vergünstigungen, bei deren Durchsicht man sich fragt, wofür die Abgeordneten ihre Diäten überhaupt noch brauchen, da sie ohnehin vieles umsonst bekommen oder über Spesen abrechnen können. Außerdem sind da noch die Bezüge aus Aufsichtsratsposten, bei denen manche eine wahre Sammel Leidenschaft entwickeln.

Durchschnittslohn für Abgeordnete

Was die Entlohnung der Parlamentarier von CDU und FDP betrifft, so ist Aufregung darüber kaum der Mühe wert. Sie vertreten die Interessen des Kapitals und der Reichen, von ihnen hat der Normalbürger ohnehin nichts zu erwarten.

Anders bei solchen Abgeordneten, die zumindest laut Parteibuch die Interessen von Arbeitnehmern und sozial Schwachen vertreten sollen. In ihrem Fall ist nicht nur die Diätensteigerung, sondern schon das jetzige Einkommensniveau zu hoch.

Die Arbeiterbewegung hat früher einmal für die Einführung von Diäten gekämpft, damit auch Arbeiter ins Parlament konnten und nicht nur diejenigen, die aus ihrem Vermögen ihren Unterhalt bestreiten konnten. Doch heute ist aus Wohlat Plage geworden.

Zum Beispiel der SPD-Abgeordnete

Peter Conradi (einer der wenigen Parlamentarier, die zumindest ihre Einkünfte vollständig offenlegen) besaß nach eigenen Angaben im Jahr 1993 „126.000 DM in Bundesratsbriefen, Finanzschatzen, Kapitalbriefen und auf Sparkonten“. Das brachte ihm allein schon Einkünfte aus Kapitalvermögen von 29.000 DM netto ein - neben seinen Abgeordnetenbezügen sowie Tantemem aus Autoren- und Vortragstätigkeit. Wer seine eigene soziale Frage so befriedigend gelöst hat, wird nicht gerade das Feuer eines Vorkämpfers für soziale Gerechtigkeit verspüren.

Soziales Abheben von Arbeitnehmervertretern, sei es im Parlament oder auch anderswo, ist der Anfang von Ende einer konsequenten Interessenvertretung für die Masse der Bevölkerung. Dies ist auch innerhalb von SPD und PDS, innerhalb der Ge-

werkschaften zu beobachten. Auch im ehemaligen „Arbeiter- und Bauernrat“ ging es der herrschenden Elite vor allem um die Absicherung ihrer Privilegien.

Wer selbst lebt wie Gott in Frankreich, kann unmöglich nachvollziehbar, wie ein durchschnittlicher Arbeitnehmerhaushalt mit dem Geld rechnen muß, ganz zu schweigen von Sozialhilfeempfängern. Er wird sich auch nicht auf Dauer kämpfen für unsere Interessen einsetzen.

Die SAV tritt daheln ein für:

- ★ Vollständige Offenlegung aller Einkünfte und Abhängigkeiten von Parlamentariern
- ★ Durchschnittslohn für Abgeordnete und Funktionäre von Arbeitnehmerorganisationen; Abführung aller darüber hinausgehenden Einnahmen

Süddeutsche Zeitung 20. 9. 95
Leistungen für Abgeordnete

Diäten, Freifahrten,
Fax und Rente

Die 672 Abgeordneten im Bonner Parlament haben nach Angaben des Bundestags derzeit Anspruch auf folgende Leistungen:

- steuerpflichtige Entschädigung von monatlich 10 366 Mark
- steuerfreie Kostenspense von monatlich 9978 Mark
- Erstattung der Aufwendung für parlamentarische Mitarbeiter gegen Nachweis bis zu 12 960 Mark im Monat zuzüglich Leistungen wie Weihnachtsgeld, Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung
- ein Büro mit Ausstattung in Bonn
- freie Benutzung der Deutschen Bahn
- freie Benutzung von Dienstwagen im Raum Bonn
- Erstattung von Flug- und Schlafwagenkosten gegen Nachweis bei Reisen zur Ausübung des Mandats innerhalb Deutschlands
- kostenfreie Benutzung der Telefonanlage des Bundestags (Orts- und Ferngespräche)
- ein Telexgerät für das Bonner Büro und zwei weitere „an einem Ort ihrer Wahl im Geltungsbereich des Abgeordnetengesetzes“
- Erstattung von Fax- und Telexkosten bis 4000 Mark im Jahr möglich
- Computer plus Software „im Rahmen des gemeinsamen Informations- und Kommunikationssystems“ fürs Büro in Bonn und im Wahlkreis
- Reisekostenvergütung bei Dienstreisen (muß Bundestagspräsident genehmigen) bei Inlandsreisen von 39 Mark („Mehrbetrag gegen Nachweis“), bei Auslandsreisen Tagegeld zwischen 28 und 191 Mark. Übernachtungsgeld ohne Nachweis bis 170, mit Nachweis bis 345 Mark
- Zuschuß zu den Krankheitskosten oder Beitragszuschuß bis zur Hälfte des AOK-Betrags am Wohnort (rund 250 Mark)
- in besonderen Fällen einmalige Unterstutzungen an Abgeordnete sowie einmalige oder laufende Unterstutzungen für ehemalige Abgeordnete und deren Hinterbliebene
- beim Ausscheiden: Übergangsgeld (pro Jahr im Bundestag einen Monat in Höhe von 10 366 Mark; zusätzlich für mehr als eine halbe Wahlperiode je weitere drei Monate, für weniger als eine halbe Wahlperiode je zwei Monate)
- steuerpflichtige Alters- und Hinterbliebenenversorgung (Voraussetzung: acht Jahre Bundestag und Vollendung des 65. Lebensjahres; mit jedem weiteren Jahr Mitgliedschaft ein Lebensjahr früher bis 18 Jahre Bundestag und; Vollendung des 55. Lebensjahres; oder Gesundheitschädigung) (AP)

Auswertung der SAV-Kandidatur in Bremerhaven

Seiten 2 und 3

Volkes Stimme

Typische Äußerungen bei Hausbesuchen und Straßengesprächen

„Ich hab immer SPD gewählt. CDU und FDP können nie infrage. Ich bin ja Arbeiter. Aber jetzt kann ich die SPD auch nicht mehr wählen.“

„Ich geh schon seit 10 Jahren nicht mehr wählen. Die SPD hat gar'ich und wähl' Euch.“

„Meine Tochter ist ganz begeistert von Euch. Die würde Euch wählen, wenn sie schon könnte. Ich selbst weiß noch nicht.“

„Wir hatten eine Probeabstimmung in der Klasse. Das gab ein Patt. Die eine Hälfte hat CDU gewählt, die andere SAV.“

Nach dem Diktien-beschluß im Bundestag

„Wenn ich zur Wahl gehe, wähl' ich Euch wählen. Aber ich geh nicht. Hat doch alles keinen Sinn.“

„Man kann sowieso nichts ändern.“

„Auf die Erklärung, daß wir für Facharbeiter-John für Abgeordnete einreten und dies in unserer Satzung steht. Das find' ich interessant. Kann ich die Satzung mal haben?“

„Die Grünen hatten auch mal so 'ne Regelung. Und heute? Sitzen sie auch in Schips und Kragen da. Die sind doch alle gleich, wenn sie einmal drin sind.“

Hausbesuche bei Mietern der Städtischen Wohnungsgesellschaft Stäwog, die privatisiert werden soll:

Beim Öffnen der Wohnungstür: „Was wollen Sie hier? Ich wähl' sowieso die SAV.“

„Auf Sie hab' ich gewartet!“

Zögernd: „Ich bin eigentlich nicht gegen die Privatisierung. Vielleicht wird dann hier mal mehr repariert.“

„Aber wer als Privater einsteigt, will doch Gewinn machen. Das kann nur zu Lasten der Mieter gehen. Wir sind für eine gewählte Mietervertretung, die bei der Verwaltung Mitsprache hat.“ - Erleichtert: „Ja, das ist gut, das ist eine bessere Lösung.“

„Hab' Ihr noch mehr Material zum Weiterverleihen? Wenn ich zu verschwendungstisch bin, müßt' Ihr es sagen. Das kostet ja auch alles Geld.“

„Klar hab' ich Euch gewährt, wo gehor' ich denn sonst hin?“ (Stäwog-Rentnerin nach Briefwahl)

„Aber unsere Wohnungen werden ja jetzt nicht verkauft, hat die SPD gesagt.“ - „Richtig, aber nur bis zur Wahl.“ - „Hm, ja, stimmt, nach der Wahl tun sie immer was anderes als sie vorher versprochen. Alles klar.“

Zu unserem Plakat: „85 Milliarden besitzen 249 Millarden, Ein Bremer Senator erhält 18.000 DM.“

„Und wie kommen diese Milliarden in die Gemeindekasse?“

Fortsetzung rechte Spalte nächste Seite

Erfolgreicher Wahlkampf in Bremerhaven

Kampftatradition geschafften, Ideen verbreitet, Organisation gestärkt.

„Als die Grünen hier zum ersten Mal kandidiert haben, bekamen sie eins komma, Irrendwas. 2,3% ist nicht schlecht für den Anfang.“ So kommentierte ein junger Arbeiter auf der SAV-Wahlparty unser Ergebnis - und unterstrich seinen SAV-Aufnahmeantrag. Mit 1.074 Wählerstimmen für die Sozialistische Alternative haben wir bei unserer ersten Parlamentskandidatur einen Achtungserfolg erlitten können. Was noch wichtiger ist: Wir haben Gegenwehr in den Stadtteilen organisiert, sozialistische Ideen verbreitet und die Fundamente für den Aufbau eines starken SAV-Stadterverbandes mit Verankerung in Teilen der Bevölkerung gelegt.

Claus Ludwig, z.Zt. Bremerhaven und Angela Bankert

Wir haben flächendeckend in fast allen Stadtteilen über 1% Stimmen bekommen, in Stadtmitte 5,24%; in einigen Stadtbezirken knapp 7%. Die örtliche Verteilung der Stimmen spricht dafür, daß dies Ausdruck der

resonanz geleistet hat. Schon zur Jahreswende 94/95 wollte die von SPD-Rechten geführte Stadtregerung die städtische Wohnungsgesellschaft Stäwog privatisieren und an einen Immobilienkaufmann verschachern. Nach der Bürgerstamwahl im Mai vereinbarte die Große Koalition in Bremen eine Fusion der landremischen Gewoha und der Stäwog und die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft, was natürlich eine Privatisierung vorbereitete.

Mieterkampf

Die SAV hat zusammen mit dem Juso-Unterbezirk (in seiner Mehrheit SAV-Mitglieder) den Widerstand dagegen organisiert. Wir haben eine Mieterinitiative gegründet, über 6.000 Unterschriften für den ersten Einwohnerantrag an die Stadt gesammelt. Protestaktionen vor dem Stadtparlament organisiert. Dies führte zu so großen öffentlichen Druck, daß die SPD von dem Vorhaben abtuckte.

Im Wahlkampf tat die Bremerhavener SPD so, als habe sie mit dem Beschluß der Bremer

und den gemeinsamen Kampf mit den Mietern und Mieterinnen haben wir uns viel Vertrauen erworben, was uns Wählerstimmen einbrachte und worauf wir weiter aufbauen können.

Jugend

Im Bereich der Jugend war die SAV bei allen größeren Aktionen und Bewegungen in diesem Jahr beteiligt. Ob bei der größten antifaschistischen Demonstration der Stadt seit Gedenken gegen die DVU bei Anti-Aktionsstreiks bei einer Demonstration von 4.000 Schülern, Lehrern und Eltern gegen Bildungsabbau - immer war die SAV Mitorganisator oder -Auftruf. Oft als einzige Partei überhaupt präsent.

Wir haben eine Kampagne für ein neues Jugendfreizeithaus in der Stadtmitte begonnen, wo vor 5 Jahren eines geschlossen wurde und seitdem Ersatzversprochen, aber nie geschaffen wurde. Dies fand auch den Anklang älterer Leute, die das Freizeitangebot für Jugendliche auch für unzureichend halten.

Die Zustimmung für die SAV unter Jugendlichen, Azubis und Schülerinnen, war sehr hoch. Auch wenn viele uns noch nicht wählen durften, so haben nicht wenige dies ihren Eltern nahegelegt, wie wir in Gesprächen immer wieder gehört haben, und sich aktiv an den Kampagnen beteiligt.

Straßenwahlkampf

Auch der Plakat- und Materialwahlkampf war nicht unwichtig, denn er brachte sichtbare Präsenz im Stadtbild, vor allem in Anbetracht eines Boykotts der regionalen Medien. 20.000 viersellige Falblätter mit der Kurzfassung unseres Programms sowie viele Einzelzugblätter (zu Werfen, öffentlicher Dienst, Jugend, Stäwog, usw.) in ziganenschnader Auflage wurden verteilt. 1.200 SAV-Plakate hingen in der Stadt, so fern sie nicht vom Regen oder von Nazis verunstaltet wurden. Unser Plakat „Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen“ (Milliardäre, Politiker) war wohl das meistskuturierte in der Stadt. Mit unseren Wahlkampf-Inhalten zwangen wir zwar nicht CDU und FDP (die weiterhin Köpfe und hohle Sprüche plaktierten), wohl aber SPD und sogar AfD zu ein paar Aussagen auf Plakaten, Flugblättern und in Anzeigen.

Wahlbeteiligung

Bei der Resonanz für unsere Kampagnen wie auch beim Straßenwahlkampf haben wir gemerkt, daß das Potential für



Das Ergebnis		1995	1991
Wahlbeteiligung		49,90%	61,1%
SPD		13,86%	29,70%
CDU		17,24%	36,94%
Grüne		5,41%	11,60%
AFB		3,60%	7,72%
DVU		2,67%	5,73%
FDP		1,83%	3,92%
SAV		1,07%	2,30%

5% existierte. Allerdings waren wir uns auch bewußt, daß dies nicht mit Unterstützung bei den Wahlen gleichzusetzen ist. Die extrem niedrige Wahlbeteiligung von unter 50% - ein verächtliches Urteil für das Establishment - war für die SPD eine Katastrophe, hat uns aber wahrscheinlich auch geschadet. Uns ist es nicht in vollem Umfang gelungen, die Arbeitslosen

Ortsgruppe von 10 Mitgliedern ist ein Stadterverband von fast 50 Aktiven geworden. Jugendliche, Arbeiter, Azubis, Arbeitslose, alleinerziehende Mütter, Rentnerinnen traten in den letzten Monaten der SAV bei. Es gibt eine Reihe weiterer Sympathisanten und Interessenten, die schon aktiv im Wahlkampf geholfen haben. Damit haben wir eine gute

und Sozialhilfeempfänger zur Wahlurne zu bringen, die frustriert und entfremdet sind und Sympathien für unsere Arbeit ausgedrückt haben. Aber immerhin haben wir auch diese Schichten zum Teil erreichen können und insgesamt mehr Stimmen erhalten als alle früheren linken Listen, die in Bremerhaven angetreten sind, einschließlich der PDS.

In einer Stadt mit 18% Arbeitslosigkeit und 17.000 Sozialhilfeempfänger, standigem Abbau von Verfarbeitsplätzen und sozialer Dienstleistungen müssen wir auch gegen die Resignation ankämpfen. Dies haben wir nur zu einem Teil geschafft, vor allem dort, wo wir durch Kampagnen Gegenwehr organisiert haben und ein Stück Selbstvertrauen vermittelt konnten.

Ausgangsposition für die kommenden Kämpfe, die nicht lange auf sich warten lassen werden.

Angriffskoalition

Die Große Koalition auf Landesebene braucht sich jetzt nach den Wahlen keine Hemmungen mehr aufzuerlegen und wird schnell soziale Angriffe fahren. Schon kündigte Henning Scherf weiteren Stellen-Abbau und so-gar Lohnsenkungen im öffentlichen Dienst an. Der Stäwog-Verkauf wird ebenso wieder auf die Tagesordnung kommen wie weitere Privatisierungsvorhaben. Nach dem letzten Runnen im Vorstand des Vulkan-Verbundes ist der Werftenstandort Bremerhaven akuter denn je gefährdet.

Auf Bremerhaven Ebene zeichnete sich zum Redaktions-schluß nicht nur die Möglichkeit einer Großen Koalition, sondern eventuell auch eine schwarz-grünen Ratszusammenarbeit ab. Jedenfalls war die CDU nach den Gesprächen ganz begeistert über die Standpunkte der grünen Ratsfraktion, die offenbar auch kein Halten mehr kennt.

Ob schwarz-rosa oder schwarz-blaßgrün - der Rotstift wird allemal das wichtigste Instrument der Stadtverordneten sein. Die SAV ist die einzige außerparlamentarische Kraft, die dagegen den Widerstand organisieren wird.

Viele, die diesmal nicht SAV gewählt haben, die zu Hause geblieben sind oder zähneknirschend SPD oder Grüne gewählt haben, weil sie uns noch nicht kennen oder noch nicht vertrauen, werden in den nächsten Monaten überzeugen werden können.



Alt und Jung im Wahlkampfinsatz



Unterstützung vor allem von jüngeren Wählern und Mietern der städtischen Wohnungsgesellschaft Stäwog ist, da wir in Stimmlokalen in diesen Stedlungen besonders gut abgeschnitten haben. Dies widerspiegelt auch die Schwerpunkt der Arbeit, die der SAV-Stadterverband seit Jah-

Großen Koalition nichts zu tun und behauptete wider besseres Wissen, der Stäwog-Verkauf sei Dank SPD vom Tisch. Diese Wahlkampflüge hat ziemlich kurze Beine, denn der nächste Versuch der Privatisierung steht jetzt an.

Durch die Zusammenarbeit

Wahlnachlese Bremerhaven

Der Niedergang der SPD

Bremerhaven als Mikrokosmos für den Zustand der Partei

Wer die Sendung des TV-Magazins Panorama am 28. September gesehen hat, konnte einen Einblick in den Verfall der SPD vor Ort erhalten, in der früheren Hochburg Bremerhaven.

Noch Mitte der 80er Jahre galt in der Seestadt der Spruch, man könne auch einen Stöck rot anmalen, und der würde gewählt. 60% hat die SPD in Bremerhaven einst erreicht, 40 Jahre lang unangefochten regiert - allerdings mit allem Fizz, der anscheinend dazugehört.

Jetzt ist sie bei der Kommunalwahl unter die 30% gerutscht. Von 95.000 Wahlberechtigten haben nur noch 14.000 ihr Kreuz bei der SPD gemacht. Heute haben SPD und CDU zusammen kaum mehr Stimmen als noch 1991 die SPD alleine.

Fügeltschlagen

Der politische Konflikt schwele innerhalb der SPD schon länger.

Schon bei den ersten Sparhaushalten 1985 warteten die Bremerhavener Jungsozialistinnen, vergebens, daß damit die Drecksarbeit der Kohl-Regierung gemacht würde. Seitdem war an der Parteispitze ein beständiger Rechtsruck zu verzeichnen, parallel dazu ein Zusammenbruch der früheren Parteilinken. Im Frühjahr kämpfte der Juso-Unterbereich (mehheitlich SAV-Mitglieder) wie auch die dama-

lige Juso-Landesvorsitzende allein auf weiter Flur gegen die Veranberung einer Großen Koalition in Bremen. Gegen die Politik der Partei maßten sich die Jusos auch stellen, als es um den Verkauf der städtischen Wohnungsbaugesellschaft Stäwog ging. Der Widerstand von Mietern, Jusos und SAV erzwang einen (vorläufigen) Rückzieher in Sachen Wohnungsbauprivatisierung.

Vor dem Hintergrund all dieser Entwicklungen entschied sich die Juso-Vollversammlung Bremerhaven mit Zweidrittelmehrheit, bei der Kommunalwahl zur Wahl der SAV aufzurufen.

Rechte Abspaltung AFB

Auch der rechte Flügel der Partei hatte sich zuvor selbstständig gemacht und die Liste „Arbeit für Bremen und Bremerhaven“ (AFB) gegründet, mit der sie schon bei der Bremer Landtagswahl im Mai antraten.

In Bremerhaven stellen sie 13 von 20 SPD-Stadtratsordnern in der alten Fraktion und stimmen in fast allen Fragen gegen Parteitagsschlüsse und mit der CDU. Oberdrein genehmigten sie sich kurz vor Ablauf ihrer Amtsperiode noch eine Luxusstreife nach Genua und verabschiedeten sich „Verdienten“ einen lebenslangen „Ehrensold“ von 800 DM monatlich auf Kosten der Stadt.

Einer der so geehrten, AFB-

Mitglied Skribeika (bis vor kurzem SPD-Fraktionschef) plauderte in schöner Offenheit vor der Panorama-Kamera über sei-



Seit einer Audienz beim Kanzler hat Henning Scherf einen festen Freund.

ne zukünftigen Freizeitwünsche: „Ich weiß noch nicht, ob ich mich für ein Boot entscheide oder für ein Wohnmobil. Aber da kommen mir die 800 Mark gut gelegen.“

Dies gibt einen Eindruck von der Unverschämtheit und Dreistigkeit, mit der sich diese Polit-Schmarotzer bedienen. Und nicht nur in Bremerhaven, wie die Diäten-Beschlüsse der SPD-Bundstagsfraktion zeigen. Mit der Interessenvertretung von

Arbeitnehmern und Sozial Beteiligten haben diese Leute schon lange nichts mehr am Hut.

Die AFB wird getragen von rechten SPD-Altfunktionären, ergänzt um Kaufleute und Aufsteiger. Mit etwas sozialen Populismus bemühen sie ihr Programm, das irgendwo zwischen FDP und Berlusconi angesiedelt ist.

Der AFB-Vorsitzende Werner Lenz, früher lange Zeit SPD-Bürgermeister, erklärte Panorama, daß er ja immer schon den „Schöder-Kurs“ verfochten habe, aber die SPD sei ihm nicht gefolgt. „Die verstehen ja heute noch nicht, was Schröder will.“

Rest-SPD

Wer aber glaubt, die Rest-SPD sei damit von Rechten gereinigt, irrt gewaltig. Was nicht in Panorama gesendet wurde: Auch der noch amtierende Oberbürgermeister Williams der Rest-SPD sieht sich auf Schröder-Linie. Und in der Tat gibt es zwischen der Politik der SPD-Spitze und der AFB inhaltlich eigentlich keine großen Unterschiede. Einen drastischen Sparkurs zu Lasten der Masse der Bevölkerung und Steuergeschenke an die Unternehmer vertreten beide.

Bremens Regierungschef Henning Scherf (galt früher mal als Linker) fuhr mit CDU-Finanzsenator Nölle nach Bonn zur

Audienz beim Kanzler. Er kam wieder mit der Erkenntnis, in Kohl einen „echten Freund“ gefunden zu haben. Der echte Freund war beeindruckt von den Sparanstrengungen im Land Bremen und versprach - wie das Beamtentrecht zu ändern, damit Scherf eine 9%ige Senkung der Einkommen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst durchsetzen kann.

Wie sagte die frühere Juso-Landesvorsitzende und SAV-Kandidatin Claudia Weigelt: „Mit dieser SPD brauchen wir keine CDU mehr.“

Vorbote

Was in ruhigeren Zeiten unter einem Dach zusammen war, wenn auch auf verschiedenen Flügeln, läßt sich heute nicht mehr unter einen Hut bringen. In Zeiten der sich zuspitzenden wirtschaftlichen und finanzpolitischen Krise, letztlich auf die Krise des Systems zurückzuführen, muß man sich entscheiden: entweder Politik für die kleine Minderheit von Reichen oder für die Masse der Bevölkerung. Insofern ist Bremerhaven keine außergewöhnliche Provinzpostse, sondern Vorbote künftiger Entwicklungen auch andernorts und bundesweit - wenn, ja wenn die SPD nicht einen radikalen politischen Kurswechsel einschlägt. Der ist allerdings nicht abzusehen.

Fortsetzung: Volkes Stimme

„Aber das Geld gehört denen doch?“
„Der kriegt nicht nur die 18.000 Mark, der sitzt ja auch hoch in Aufsichtsräten!“

Vor dem Sozial- und Arbeitsamt:

„Die sacken oben alles ein, und bei uns wird das Kleidergeld gekürzt.“

„Die SAV ist die einzige Partei, die meine Interessen vertritt.“

„Wir haben beim Kurs für Arbeitslose in der VHS über Euch diskutiert. Die meisten wollen Euch wählen.“

Zum Sozialismus:

„Wie heißen Sie? Sozialistische Alternative?“ - Auf die Erklärung, daß wir damit nicht eine Gesellschaft wie in der DDR meinen: „Das weiß ich selbst, daß das kein Sozialismus war. So biöd bin ich auch nicht. Das hatte ja mit Marx und Engels nichts zu tun.“ (Passant)

„Was Ihr zu den Werten schreibt ist gut. Aber 'Sozialistische Alternative', nee, das ist doch wie in der DDR.“ (Werftarbeiter)

Neben dem SPD-Infostand:

„Ihr nehmt uns die Jugend weg, und die AFB die Alten. Ich hab' keine Lust mehr zum Verteilen. Aber vielleicht kann man ja hinterher mit Euch zusammenarbeiten.“ Frischer Wind ist jedenfalls mal nötig.“ (Frau aus SPD-Ortsvereinsvorstand)

„Wenn wir morgen auch nur einen von Euch beim Juso-Konzert sehen, dann setzt es Prützel. Und wenn Du hier nicht sofort verschwindest, tret' ich Dir in die Eier.“ (SPD-Fraktionsvize in der Bremer Bürgerschaft)

Reaktionen von Nicht-Mitgliedern auf der Wahlparty:

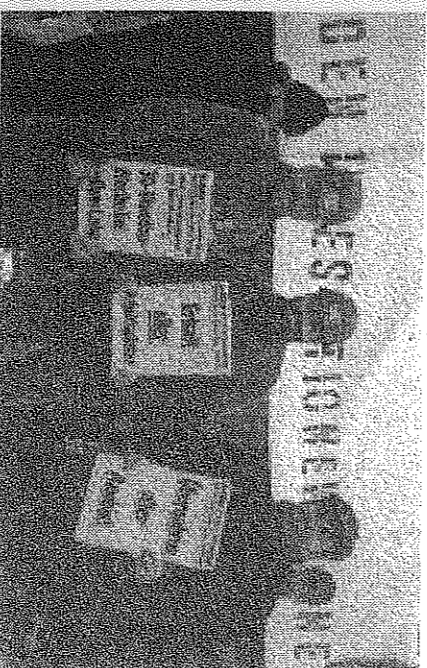
„2,3% - das ist schade. Eigentlich hätte Ihr mehr verdient. Ich find gut, was Ihr gemacht habt.“ (türkische Kollegin)

„Alle Hochachtung vor Eurem Idealismus. Ihr habt wirklich geackert im Wahlkampf. Und daß gegen das Monopol der Nordseezeitung.“ (Verleger im Ruhestand)

„Meine Familie ist von jeder sozialdemokratisch. Mein Großvater würde sich im Grab runderhaken, wenn er die SPD heute sehen würde. Ich werde für die SAV einen Dauerauftrag einrichten.“ (Bankangestellte)

Testwahl unter Ausländern

Die IG Metall führte Probewahl durch. SAV wurde zweitstärkste Partei



Die SAV tritt für den gemeinsamen Kampf von deutschen und ausländischen KollegInnen ein

Der Ausländerbeirat der Bremerhavener IG Metall führte parallel zur Stadterordnetenwahl ebenfalls einen Urengang unter den ausländischen KollegInnen und Kollegen durch, um darauf aufmerksam zu machen, daß einem bedeutenden Teil der Bevölkerung das Wahlrecht vorenthalten wird. 30 Wahlurnen wurden im ganzen Stadtgebiet aufgestellt: in allen drei Moscheen, bei ausländischen Vereinen, Treffpunkten.

Von den rund 8.500 Nicht-Deutschen Bremerhavens, die normalerweise das Wahlrecht haben mußten, nahmen 876 an der Probewahl teil, also etwa je-

der Zehnte. Dies ist zwar nicht nicht repräsentativ, aber auch mehr als eine Zufallsabstimmung. Ergebnis:

SAV	52,51 %
SPD	17,47 %
Grüne	13,93 %
CDU	12,33 %
DVU	1,71 %

FDP, AFB und die anderen Listen erhielten unter 1%.
In diesem sehr guten Ergebnis schlug sich sicherlich nieder, daß die SAV als einzige Partei einen offensiven Wahlkampf gegen die DVU und für das Ausländerwahlrecht durchgeföhrt hat. Es zeigt auch, daß es unter der ausländischen Bevölkerung offenbar nach wie vor große linke Mehrheiten gibt.

Wahlkampf gegen die DVU

Die DVU hat auch bei der Stadtratswahl, wie schon zuvor im Mai bei der Wahl zur Bremer Bürgerschaft, eine massive Materialschlacht veranstaltet. Denn dies ist eines der letzten Parlamente, in dem sie noch sitzen. Durch viele Einzelpakete und die Annäherung von großen Plakartwänden prangten die Buchstaben DVU in der ganzen Stadt. Die Haushalte wurden mit Postwurfschlangen überschwemmt. Manche berichteten, daß sie viermal DVU-Post mit persönlicher Anschrift im Briefkasten hatten, also offenbar Adressen eingekauft worden waren. Der DVU-Bundesvorsitzenden und Multimillionär Frey sowie seine Untertnehmerfreunde hatten sich nicht lumpen lassen.

Im Frühjahr organisierten JRE und SAV eine der größten Antifa-Demonstrationen der Stadt mit über 900 Teilnehmern. Mehrfach waren wir das direkte Ziel der Nazis: ein Stein wurde durch die Fensterscheibe in unser Büro geworfen, Plakatkleber von Skinheads mit Gewaltdrohung an der Arbeit gehindert. Nachdem die DVU mehrere hundert unserer Plakate abgehängt und durch ihre ersetzten hatten, führten wir gemeinsam mit anderen Organisationen wie JRE eine öffentliche Überplakatier-Aktion durch, die uns eine

Anzeige einbrachte. Postwurfsendungen wurden durch die JRE-Aktion „braune Tonne“ entsorgt.

Diesmal traute sich die DVU auch direkt auf die Straße, mit Unterstützung von Kadern und Skinheads aus Berlin und München. Dreimal führten sie Infostände in der Innenstadt durch. Und jedesmal war es die SAV zusammen mit JRE (und vereinzelt Grünen und Gramen) die diese Stände, die unter Polizeischutz standen, blockierten sowie mit den Passanten diskutierten. Den Hitler-Gruß der Skins wollten die Polizeibeamten nicht gesehen haben; erst nach massivem Druck nahmen sie eine Anzeige entgegen.

SPD und Jusos, die direkt daneben Stände hatten, wurden auf Mithilfe angesprochen. Sie lehnten mit der Begründung ab, man wolle „die DVU nicht aufwerten“ und nichts mit SAV zusammen machen. Manche Leute wollten aus der Geschichte partout nichts lernen.

Wir hatten ein Flugblatt auf türkisch herausgegeben und mit diesem wie mit deutschsprachigem Material ausländische Kollegen und Jugendliche angesprochen. Oft wollten sie mit den Worten „Ich darf nicht wählen“ weitergehen und waren dann immer sehr erstaunt und erfreut, daß wir mit ihnen disku-

tieren und zusammenarbeiten wollten.

Für das Ausländerwahlrecht trat außer der SAV niemand öffentlich ein. Dabei könnte man dies von der SPD, wenn schon nicht aus demokratischen und moralischen Gründen, so doch wenigstens aus eigenem Interesse erwarten, ebenso von den Grünen. Aber vielleicht scheuten sie sich, damit eventuell deutsche Wähler abzuschrecken.

Denn eines haben auch wir zu spüren bekommen: die rassistische Propaganda, die die DVU in Bremen und Bremerhaven seit 8 Jahren verbreitet, flankiert von „Das Boot ist voll“-Parolen der etablierten Parteien, haben ihre Spuren hinterlassen. In nicht wenigen Haushalten und Straßengesprächen war festzustellen, daß unsere sozialen Forderungen zwar gut ankamen, aber beim Thema Ausländer Vorurteile und Vorbehalte stark verbreitet waren, gegen die wir argumentieren mußten. Wir sehen dies aber als unsere elementare Aufgabe an, denn wir müssen gegen Spaltung zwischen Deutschen und Ausländern und für einen gemeinsamen Kampf um unsere Interessen eintreten. Das gute Ergebnis dieses Urngangs ist uns Verpflichtung, in diesem Sinne weiterzuarbeiten.

Das sagten die Medien

„Beachtlich schließlich das Abscheiden der zuvor schwer einschätzbaren Sozialistischen Alternative. Sie kam stadtwweit auf 2,3 Prozent. Am meisten freuen sich die Aktiven im Ortsteil Mitte-Nord hier, schaffte die linke Gruppierung 5,2%.“ (NIZ 26.9.95)

„Auch nach links ist der SPD Bremerhaven ein Mittelweggebrochen.“ TV-Magazin Panorama 28.9.95

Vergewaltigungs- hatzsystem

80 Prozent der Vergewaltiger kommen aus dem Familien- oder Bekanntenkreis.

Jedes Jahr werden in der Bundesrepublik 70.000 bis 140.000 Frauen vergewaltigt, 300.000 Kinder werden sexualmißbraucht. 95% diese Kinder sind Mädchen. Doch nur etwa 7.000 Vergewaltigungen werden zur Anzeige gebracht. Viele Frauen schweigen – aus Angst.

Anja Zander, Berlin

Vergewaltigte Frauen haben Angst vor einer demütigenden Behandlung bei Polizei und Gericht. Angst, daß ihnen niemand glaubt, daß sie in ihrem sozialen Umfeld als „Pflücker“ gebrandmarkt werden. Angst, daß der Täter doch nicht bestraft wird.

Die Vergewaltigung von Frauen ist der extremste Ausdruck von Gewalt gegen Frauen in einer Gesellschaft, in der ein Teil der Bevölkerung auf Grund des Geschlechts systematisch diskriminiert und unterdrückt wird. Dies fängt bei der wirtschaftlichen Lage der Frau an und zieht sich durch alle gesellschaftlichen Bereiche.

Frauenbild

Frauen verdienen im Durchschnitt ein Drittel weniger als Männer, in Krisenzeiten sind sie als Erste von Arbeitslosigkeit betroffen. Frauen und Mädchen wird immer noch eingeredet, daß ihre Aufgabe in erster Linie darin besteht, eine gute Ehefrau und Mutter zu sein. In der Öffentlichkeit werden Frauen überwiegend als emotionale, nicht rationale und passive Geschöpfe gezeigt. Über Medien, Werbung, etc. werden Frauen als Sexualobjekt dargestellt, welches zur Beherrschung der Männer dienen soll. Damit wird ein Frauenbild geschaffen, daß



Jede Frau kann zu jeder Zeit an fast jedem Ort von Gewalt und Vergewaltigung betroffen sein. Und der Täter ist in den seltensten Fällen ein Triebtäter.

Frauen zu Menschen zweiter Klasse degradiert. Untermauert wird dieses Frauenbild durch Gesetze. Obwohl Vergewaltigung vermutlich am häufigsten in der Ehe passiert, kommt sie als solche im deutschen Strafrecht nicht vor.

Vor allem bürgerliche Politiker und Medien sprechen von den „ehelichen Pflichten“ der Frau. Danach hat ein Mann mit der Eheschließung automatisch das Recht, über die Sexualität der Ehefrau frei zu verfügen.

Im bürgerlichen Strafrecht steht auf eine Vergewaltigung mit Todesfolge ein Mindeststrafmaß von 5 Jahren, während ein Raubüberfall mit Todesfolge nicht unter 10 Jahren bestraft wird.

Gesetze wie der § 218 entzie-

Tödliches Schönheitsdiktat

Staatsanwaltschaften ermitteln jetzt gegen einige Ärzte und Apotheker, die die Diktapseln des belgischen Arztes Coensens verkauft oder nachgeahmt haben, und so für den Tod einer unbekannt verantwortlichen sind. Die Öffentlichkeit war schockiert über diese schwarzen Schätze und schüttelte die Köpfe über die irreführender Patientinnen, die diese Diktapseln schluckten, „obwohl sie sie spürten, daß sie ihnen schaden.“ (Zitat Spiegel 36/95)

Helgard Schanze

Aber geht es wirklich nur um einige schwarze Schätze? In hunderten von Frauenzeitungen und Modezeitschriften in der Werbung in Film und Fernsehen wird uns täglich vorgeführt, wie wir Frauen aussehender haben: schlank als müssen, stützig, perfekte Waabe, und ebennmäßige Puppengesichter. Wer kennt sie nicht, die Staff-Fers, Moss, und Campbell, die uns als die perfekte und modernen Vorbilder präsentieren werden.

Erfolgreich dürfen wir Frauen schon sein – solange wir nur schön sind. Und dieser Schönheitszwang kostet. Ganze Industrien setzen mit Zeitschriften, Kosmetik, Diätbücher- und Mit-

hen den Frauen das Selbstbestimmungsrecht über ihren Körper. All diese Formen von alltäglicher, aber schwer greifbarer Gewalt, ermöglichen die körperliche Gewalt gegenüber Frauen. Sie erklären auch die

Medienspektakel und Frauentage

Die Weltrauenkonferenz war etwa so erfolgreich wie das Jahr der Frau

7000 Delegierte aus 180 Ländern nahmen im September an der 4. Weltrauenkonferenz der Vereinten Nationen in Peking teil. Die Medien über die Menschenrechtsverletzungen in China und die Behinderungen der Kontingente der weiblichen Hälfte der Bevölkerung erfuhren mensch eher wenig.

Helgard Schanze, Kassel

Egal, wie reich oder entwickelt ein Land ist, die wirtschaftliche Situation von Frauen, von der zu einem großen Teil auch ihre Freiräume abhängen, ist schlechter als die der Männer. Frauen sind weltweit überproportional von Armut, schlechter Ausbildung und mangelnder Gesundheitsversorgung betroffen.

So sind zwei von drei Analphabeten Frauen. In den Ländern der „Dritten Welt“ geht nur jedes 3. Mädchen zur Schule. Obwohl Frauen weltweit 2/3 der gesellschaftlichen notwendigen Arbeit erbringen, verdienen sie im Schnitt nur 51% des Einkommens ihrer männlichen Kollegen, soweit ihre Arbeit überhaupt bezahlt wird. Die „Chancen“ einer Frau, mit 65 Jahren in Armut zu leben, sind um 60% höher als die eines Mannes. In einigen Ländern (z.B. Bangladesch) sind dreimal so viele Mäd-

Rund 80% der Vergewaltigten finden im Familien-, Freundes- und Bekanntenkreis statt. Der durchschnittliche Vergewaltiger ist ein ganz „normaler“ Mann, der jedoch das gesellschaftlich vorherrschende Frauenbild derart verinnerlicht hat, daß er zu Gewaltanwendung und sexueller Demütigung greift.

Die Definition der Vergewaltigung als spontane Handlung, bei der der Täter seine „Triebe“ nicht mehr kontrollieren kann, nicht dazu, dem Opfer eine Teilschuld zuzuschreiben. Frauen wird weisgemacht, sie hätten durch ihr Verhalten oder ihre Kleidung den Täter herausgefordert. Doch niemand käme auf die Idee, einen Bankräuber zu entlasten, weil er sich durch das viele Geld in einer Bankfiliale provoziert fühle.

Frauen sind niemals verantwortlich dafür, daß sie vergewaltigt werden. Es gibt kein „falsches Verhalten“ oder die „falsche Kleidung“. Jede Frau kann zu jeder Zeit und an fast jedem Ort der Gewalt ausgesetzt sein. Und selbst wenn eine Frau vollkommen nackt durch die Straßen gehen würde, hätte niemand das Recht, sie gegen ihren Willen auch nur zu berühren.

Funktion des Spaltens

Das Bild von Frauen als Menschen zweiter Klasse ist nicht von alleine entstanden, sondern wurde von den Herrschenden bewußt geschaffen und am Leben erhalten. In jeder Gesellschaft, in der eine kleine Minorität die wirtschaftliche und politische Macht hat, ist sie auf das Instrument des „Teile und Herrsche“ angewiesen. Um das kapitalistische System aufrecht zu erhalten, müssen diejenigen,

33% aller ermordeten Frauen in den USA Opfer ihrer Ehemänner oder Partner geworden. Eine Frau wird mit zehnmal größerer Wahrscheinlichkeit vergewaltigt als bei einem Autounfall zu sterben.

In Kriegen wird Vergewaltigung zur Kriegstaktik. Zum Beispiel in Ruanda, wo nach Zeitungsberichten fast jede Tutsi-Frau vergewaltigt, und zweifelsfrei fünftausend Frauen von ihrer Vergewaltigern schwanger wurden.

Die sogenannte öffentliche Moral und vor allem die Religion sind Mittel und Begründung für die Unterdrückung der Frau – egal ob Konfuzius, der Islam oder der Vatikan. So ist es kein Zufall, daß die beiden letzteren in Peking mit den gleichen Forderungen auftraten und sich sehr einig sind, obwohl doch angeblich so verschieden.

Armut gerecht verteilen?

In den letzten hundert Jahren hat es zumindest in den Industrienationen eine Reihe sehr wichtiger Errungenschaften für Frauen gegeben. Das Recht zu arbeiten (falls es gerade Arbeitplätze gibt), Organisations- und Wahlrecht, das Recht auf Scheidung und viele andere. Diese Fortschritte wurden Unternehmen und Regierungen in harten Kämpfen von Frauen,

die darunter leiden, gegenüber ausgespielt werden. Für die Unternehmer stellt es keinerlei Gefahr da, wenn z.B. ein von Entlassung bedrohter Arbeiter seinen Frust dadurch abregelt, daß er seine Frau mißhandelt. Deshalb wird es auch als Kavaliersdelikt dargestellt. Nicht akzeptieren kann diese Gesellschaft aber, wenn die von Entlassung Bedrohten, unabhängig vom Geschlecht gemeinsam gegen die Verursacher von Arbeitslosigkeit vorgehen. Gewalt gegen Frauen hat die Funktion, die herrschenden Verhältnisse aufrechtzuerhalten.

Vergewaltigung ist die schlimmste Demütigung, die ein Mann einer Frau zufügen kann. Sie ist die größte Mißachtung ihres Willens und ihrer Persönlichkeit. Die Folge, teilweise direkt beabsichtigt, ist sehr oft die Zerstörung der Persönlichkeit der betroffenen Frau. Doch Vergewaltigung betrifft letztlich alle Frauen. Die Angst davor und die vorherrschende Meinung, daß es in der Hand von Frauen liegt, ob sie vergewaltigt werden oder nicht, schränkt Frauen in ihrer Bewegungsfreiheit ein und fördert ihre Unselbstständigkeit, aber auch die Beschützerrolle von Männern.

Vergewaltigung und Gewalt über Frauen ist keine Ausnahme, sondern gehört zum Alltag von Millionen von Frauen. Der Kampf gegen dieses System kann nur erfolgreich sein kann, wenn Männer und Frauen gemeinsam kämpfen. Das bedeutet, sich kompromislos auf die Seite von Frauen zu stellen, die Opfer von Gewalt geworden sind, und gegen jede Art von rückständigen Vorstellungen und Vorurteilen gegenüber Frauen vorzugehen. ■

Gewerkschaften und Arbeiterparteien abgrenzen. Frauen sind dadurch heute selbstbewußter, und das ist eine gute Grundlage für die Zukunft. Aber heute sind viele dieser Errungenschaften wieder in Gefahr. Wirkliche Gleichberechtigung kann nicht auf der Basis von mehr oder weniger „gerecht“ verteilter Armut stattfinden. Von einer Konferenz, deren Delegierte Ministerinnen, Parlamentsabgeordnete oder die Frauen von Staats- und Ministerpräsidenten sind, konnten wir keinen konsequenten Kampf gegen die Ursachen von Armut und Unterdrückung erwarten, denn die Ursache ist letztlich das System, das sie repräsentieren. Auch in Zukunft werden wir selbst mit unseren Organisationen für jede Verbesserung kämpfen müssen. ■



Frauen gegen Entlassungen

UNSER STANDPUNKT

SPD im freien Fall?

Die Krise der SPD spitzt sich zu. Nostalgisch wünschen sich sozialdemokratische Veteranen charismatische Führer wie Willy Brandt oder Helmut Schmidt zurück. Wer aber glaubt, die Krise der SPD sei in erster Linie eine Führungskrise, liegt falsch. Es ist in eine politische Krise. Grund für den Niedergang der Sozialdemokratie in den letzten Jahren ist, daß sie auf dem besten Weg ist, aufzutöten. Sozialdemokratie zu sein.

Wie sagen Uwe Jens, zurückgetretener wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, und Gerhard Schröder? Unterschiede zwischen konservativer und sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik gibt es nicht. Um dann flexible Ladenschlußzeiten, Samstagsarbeit und Flexibilisierung der Arbeitszeiten zu fördern. Und Rudolf Schapping? Während er lauthals verkündet, daß es sehr wohl eine eigenständige sozialdemokratische Wirtschaftspolitik gibt, landet er bei flexiblen Arbeitszeiten. Machen wir uns nichts vor: die politischen Unterschiede innerhalb der SPD-Führung sind so gering wie die Unterschiede in der Physiognomie der Kessler-Zwillinge. Letztlich geht es darum, wie

ziger Jahre beschleunigt vorwärtsschreitet.

Er wird markiert erstens durch die drastische Rechtsentwicklung der SPD-Führung, zweitens durch den Zusammenbruch der Parteieliten und die Bedeutungslosigkeit der Jusos, drittens durch die Entleerung der Ortsvereine, Rückgang des Aktivitätsgrades der Mitglieder und Überalterung der Mitgliedschaft und viertens eine generelle Lockerung der Bindung der traditionellen Arbeiterbasis von der SPD.

Hintergrund dieser Entwicklung ist die sich verschärfende Krise der kapitalistischen Marktwirtschaft seit der Weltwirtschaftsrezession 1974. Diese Krise, die sich immer weiter verschärft, läßt immer weniger bzw. gar keinen Raum mehr für traditionelle sozialdemokratische Reformpolitik.

Die Krise der öffentlichen Finanzhaushalte stellen die Sozialdemokraten in den Chaiseselch von Kommunen und Ländern vor die Alternative, entweder Kürzungspolitik zu betreiben oder den Kampf gegen die Bundesregierung und die Großkonzerne zur Bereitstellung von mehr Geldern aufzunehmen. Die sozialdemokratischen Spitzenfunktionäre ha-

Rede ist, bedeutet sozialdemokratische Realpolitik seit Jahren Kürzungen, Privatisierungen, Bildungsabbau usw. Streikende Arbeiter des öffentlichen Dienstes sahen sich in den letzten Jahren immer häufiger Angriffen sozialdemokratischer Politiker gegenüber.

Die Erfahrungen mit sozialdemokratischer Kürzungspolitik, die Tatsache, daß Arbeiter immer häufiger direkt gegen SPD-Politiker kämpfen müssen, haben die Bindungen zwischen Arbeitern und Gewerkschaftern und der SPD gelockert. Gerade in ihren Hochburgen mußte die SPD die größten Wahlschlappen erleiden. Die in der Vergangenheit oftmals beliebte einseitige Unterstützung wurde von Enttäuschung, Skepsis und Ablehnung abgelöst.

Diese Entwicklung ist keine typische deutsche Entwicklung. Der Rechtsruck der traditionellen Arbeiterparteien ist eine weltweite Erscheinung, denn die Bedingungen unter denen die Sozialdemokratie agieren muß, sind weltweit die der kapitalistischen Krise.

Dieser Prozeß stellt die gesamte Zukunft der Sozialdemokratie in Frage. Diese können in Zukunft ihren Charakter als Parteien der Arbeiterschaft (wenn auch mit abgehobenerer bürgerlicher Führung) verlieren und zu komplett bürgerlichen Parteien à la Demokratische Partei in den USA zu werden.

Der Lockerung der Bindung zu Arbeiterschaft und Gewerkschaften kann auch die Loslösung folgen. Der spanische sozialistische Gewerkschaftsverband UGT hat der PSOE-Regierung schon die Unterstützung entzogen. Die britische Labour Party geht unter ihrem neuen Führer Tony Blair auch in die Richtung, die engere organisatorische und politische Verbindung zu den Gewerkschaften

zu kappen. Hier hat ein bedeutsamer Prozeß auch an der Labour-Basis stattgefunden. Diese wurde in den letzten Jahren zu Zweidrittel ausgetauscht und wird nun immer mehr von Mittelklasse-Karriere-Yuppies dominiert.



Der Schröder-Flügel zieht die Partei eindeutiger in Richtung Verbürgerlichung

Dieser Prozeß ist in der deutschen SPD noch nicht so weit entwickelt. Der Schröder-Flügel geht eindeutiger in Richtung Verbürgerlichung der SPD. Es ist kein Zufall, daß es die Wirtschaftsbosse wie VW-Chef Piech waren, die Schröders Entlassung als Wirtschaftsexperte der SPD am meisten und am lautiärksten bedauert haben. Schapping hingegen versucht, die Bedingungen unter denen die Sozialdemokratie agieren muß, nicht zu vergraulen, und hat gerade in den letzten Wochen mehrmals demonstrativ auf die gute Verbindung zu den Gewerkschaften hingewiesen.

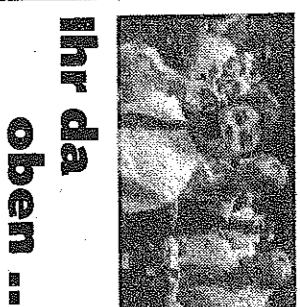
Dieser Spagat wird spätestens dann scheitern, wenn die Gewerkschaften von ihrer Basis zur SPD-Führung mitvertreten werden. Und daß die SPD in Sachen Flexibilisierung von Arbeitszeiten, Kürzungen, Zerschlagung des Ladenschlußgesetzes, Samstagsarbeit über kurz oder lang auch gänzlich umkippen wird, ist so sicher wie das Amen in der Kirche.

Die einzige Kraft, die diesen Prozeß stoppen könnte, zieht sich immer mehr zurück - die

Basis der SPD. So richtet sich der von Johanno Strasser, Peter von Oertzen und der Juso-Vorsitzenden Andrea Nahles unterzeichnete Appell „SPD von unten“ an die Basis und ruft sie zu mehr Mitarbeit auf. Die Frage ist nur: wofür mitarbeiten.

Auch Strasser, von Oertzen und Nahles bieten keine programmatische Alternative zu Schapping und Schröder an. Da ist eher zu erwarten, daß die Basis weiterhin die Schlußfolgerung zieht, die sie seit der Diätenabstimmung im Bundestag wieder verstärkt gezogen hat: Passivität und Austritt. Hessens Ministerpräsident Eichel spricht von den Parteibühnern, die ihm „um die Ohren fliegen“, und die taz schreibt von tausenden Parteaustritten.

Ob Arbeiter in Zukunft den Weg zurück in die SPD finden und versuchen werden, sie umzukämpfen, oder ob sie unabhängig von der SPD an den Aufbau einer neuen politischen Interessenvertretung gehen und die SPD aufruft eine sozialdemokratische Arbeiterpartei zu sein, wird sich erst noch herausstellen müssen. Eins ist aber heute schon klar: mit den bürgerlichen Führern, egal ob sie Schapping oder Schröder heißen, ist keine Arbeiterpolitik zu machen. Der Kampf für den Aufbau einer neuen sozialistischen Kraft in der Arbeiterbewegung muß geführt werden.



Ihr da oben ...

Nebel gelichtet

Die britische Königin Elizabeth II. ist mit 5 Milliarden DM die reichste Frau der Insel. „In den vergangenen Jahren hat Buckingham Palace einen Nebelvorhang um den wahren Reichtum der Queen gezogen, vor allem, weil es politisch ein heikles Thema ist.“ schreibt das Magazin „BusinessAge“. Nach der „zurückhaltenden Einschätzung“ des Blattes wird der Wert der königlichen Kunstschatze auf 2,3 Milliarden DM, der Paläste und einer Inselgruppe auf 1,6 Milliarden DM, der Schmuck auf 800 Millionen DM und der persönliche Besitz einschließlich Rennpferde auf 360 Millionen DM veranschlagt.

Piech hebt ab

30 Millionen DM hat sich VW-Konzernchef Ferdinand Piech in Form eines Luxus-Düsenjets genehmigt. Mit Marmorbad und Lederausstattung. Man gönnt sich ja sonst nichts. Vor allem gönnt er den VW-Beschäftigten immer weniger. Ein Kollege im ARD-Interview: „Demnächst stellen die auf dem Parkplatz Automaten auf. Da müssen wir dann erst Geld reinwerfen, damit wir arbeiten dürfen.“

Die Lösung

Eine gute Idee hatte ein Spiegel-Leser zum Problem Schapping/Schröder. In einem Leserbrief empfahl er, daß Gerhard Schröder sich doch als Kanzlerkandidat der CDU bewerben sollte, so könnten dann alle beide Kandidaten sein...

Armut auf Probe

80 Freiwillige nahmen an einem von der Caritas im Saarland organisierten Experiment teil, bei dem man versuchen sollte, sechs Wochen lang von der Sozialhilfe zu leben. Nur drei hielten durch: ein Junggepaar und ein kinderloses Ehepaar. Alle anderen brachen den Armutversuch vorzeitig ab. Besonders die Kinder litten unter dem Verzicht.

Zwar mußte niemand hungern, aber die Qualität der Nahrung mußte deutlich runtergeschraubt werden. Viele vorher selbstverständliche Ausgaben konnten nicht mehr getätigt werden: Kindergeburtstag, Ausflug, Ausgehen. Kleine Anschaffungen, selbst das Zugreifen bei Sonderangeboten fällt mit dem Sozialhilfesatz schwer. Gesellschaftlicher und sozialer Kontakt war praktisch nicht mehr möglich.

Wie sagte der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelsges., Stihl, zur Begründung des „Umbaus des Sozialstaats“: „Der Leidensdruck muß größer werden.“

Wir hier unten

in der SAV-Zentrale, Tel.: 02 21/13 45 04 oder bei JRE, Tel.: 02 21/13 45 05.

Jugend

Stopp dem Atomterror!

„Chirac, Chirac, Chirac - Fuck, Fuck, Fuck!“ Dieser etwels derbe Slogan war in den letzten Wochen in vielen deutschen Städten zu hören. Tausende von Schülern und Schülern gingen gegen die Atomtests der französischen Regierung auf die Straßen und boykottierten vielfach den Schulunterricht. In Berlin streikten einmal 14.000 Schülerinnen, ein zweites Mal 5.000. In vielen Städten waren SAV-Mitglieder maßgeblich an Aktionen beteiligt.

Stoßock: Am 1. September, dem Antrittstag, demonstrierten 800 größtenteils jugendliche gegen den Einsatz der Bundeswehr auf dem Balkan und die Atomtests. Aufgerufen hatte ein Bündnis aus PDS, SAV, Jusos, JRE und anderen.

ben sich für Kürzungspolitik entschieden. Und während im SPD-Grundsatzprogramm von 1989 noch von „demokratischem Sozialismus“ und der „Überwindung der Klassengesellschaft“ die

Aachen: Eine Woche nach dem ersten Atomtest demonstrierten 400 Schülerinnen und Schüler auf einer Demonstration vom Schülertaktionskomitee, Jugend gegen Rassismus in Europa und der SAV vor dem Institut Francis. Am Tag nach dem zweiten Atomtest kamen ca. 60 weitere Proteste sind geplant.

Bremmerhaven: Am Tag nach dem ersten Atomtest streikten ca. 400 Schülerinnen der Scholl-Schule. Nicht einverstanden damit war das städtische Busunternehmen VGB, dessen Busse durch zwei Kreuzungsblokkaden aufgehalten wurden. Sven Hönig, Schülersprecher der Scholl-Schule und SAV-Kandidat bei den Wahlen am 24. September, erhielt eine Rechnung, die den Verlebensausfall erstatten soll!

Einen Tag später organisierten die Jugendlichen in der SAV Bremenhausen eine zweite Protestaktion mit Straßentheater und führten dabei „den ersten Atomtest auf deutschem Boden“ in der Fußgängerzone durch.

Stuttgart: Der Stuttgarter Schülerrat organisierte einen Bus zur Großdemonstration gegen Atomtests, die am 30. September in Paris stattfand. Die Resonanz war so groß, daß ein Doppeldecker gechartert werden mußte und fast 70 Schülerinnen trotz des relativ hohen Preises von 50 DM mitfuhren.

Köln: Beim Kölner Antikriegstag, zu dem auch JRE und SAV mobilisierten, kamen 400 jugendliche und andere am gesunden Tag zu einem NRW-weitigen Aktionstag und zu dezentralen Aktionen in den Städten. Wir rufen alle Bezirkschüler-Redaktionsschluß in Planung.

Mitmachen!

30.11.: Schüleraktionstag in NRW

Am 30.11. und 1.12. findet ein Treffen der Kultusminister der verschiedenen Bundesländer statt, die sogenannte Kultusministerkonferenz (KMK). Diese KMK soll über weitere Verschärfungen der Abiturbedingungen entscheiden. Neben der drastischen Kürzungspolitik, die im Bildungsbereich ohnehin stattfindet, soll diese „Reform“ zur weiteren Ethikbildung beitragen und den Zugang zum Abitur erschweren.

Die Landesschülervertretung Nordrhein-Westfalen rüft für diesen Tag zu einem NRW-weitigen Aktionstag und zu dezentralen Aktionen in den Städten. Wir rufen alle Bezirkschüler-

vertretungen in NRW auf: organisiert an diesem Tag Schülerstreiks und Demonstrationen! Wir rufen die anderen Landes-schülervertretungen und die Bundes-schülervertretung auf: Macht mit und macht den 30.11. zu einem bundesweiten Schüleraktionstag!

Weitere Informationen gibt es bei der Landesschülervertretung 02 21/31 88 83,

in der SAV-Zentrale, Tel.: 02 21/13 45 04

oder bei JRE, Tel.: 02 21/13 45 05.

Über die Pressefreiheit

Ein Lehrstück über Pressefreiheit war das Verhalten der örtlichen Medien im Bremerhavener Wahlkampf. Eine positive Berichterstattung hatten wir ohnehin nicht erwartet. Aber es gab einen richtigen Boykott - der Name SAV sollte auf keinen Fall erscheinen.

Allen voran das örtliche Monopolblatt, die Nordseezeitung. Wir wurden konsequent nicht erwähnt, als existierten wir gar nicht. Jeder Infostand der SPD-Rechtsabspaltung AFB war auf Seite 1 im Lokalblatt angekündigt, während wir sechs Wochen lang täglich 3 Stände in verschiedenen Stadtteilen und der Stadtmitte hatten, die selbstredend keine Erwähnung fanden. Unsere Hauptveranstaltung im Wahlkampf hatte mit 90 Teilnehmern die meisten Besucher, was nur in den Morgenstunden von Radio Bremen, nachrichtlich von Radio Bremen, nicht jedoch in der NZ zu erfahren war.

Private Kleinanzeigen, die die anderen Parteien vor allem in der letzten Woche massenhaft

geschaltet hatten, wurden von uns nicht angenommen. Mit verschiedenen Begründungen: die Rechnung einer Juso-Anzeige sei noch nicht bezahlt (die uns untergejubelt wurde); eine Anzeige, in der das Wort Sozialismus vorkomme, werde nicht angenommen.

Selbst nach der Wahl tauchen bei der detaillierten Auflistung aller Einzelergebnisse der Wahlkale zwar die Grauen (mit 1,5%) als eigene Sparte auf, während man uns unter "Sonstige" versteckte.

Die Bremer Regionalbeilage der taz, die uns anfangs noch in - wenn auch Kleinstmeldungen - erwähnte, schloß sich später dem Boykott an.

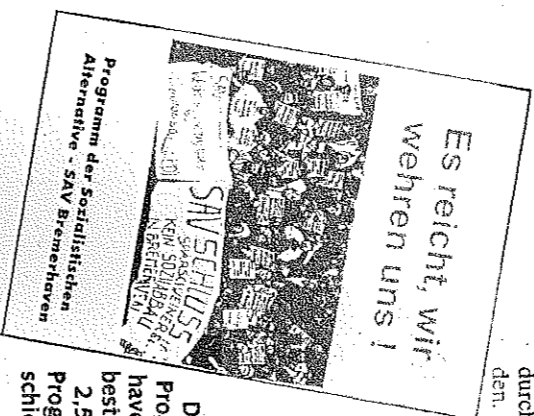
Dann der angeblich „Offene Kanal“ Bremerhaven: Bei Diskussionen mit den Vertretern der Parteien waren wir regelmäßig nicht eingeladen. Bei einer Diskussionsrunde zum Thema Bildung sagte man uns nach Protesten zu, telefonisch zugeschaltet zu werden. Als unser Vertreter anrief, wurde die Leitung kurzweilig unterbrochen. Die Ausstrahlung eines

von uns erstellten Videofilms über den Busfahrer-Streik in Esbjerg wurde kurzfristig abgebrochen, weil an einer Stelle ein SAV-Schild zu sehen war. Das Ablehnungsschreiben unter Hinweis auf die „Überparteilichkeit“ des OK war unterzeichnet von örtlichen SPD-Vorsitzenden und Hafensenator Uwe Beckmeier, der günstigerweise auch im Vorstand des OK sitzt. Umbug zu erwähnen, daß Schilder und Plakate anderer Parteien in anderen Filmen unbeanstandet gesendet werden.

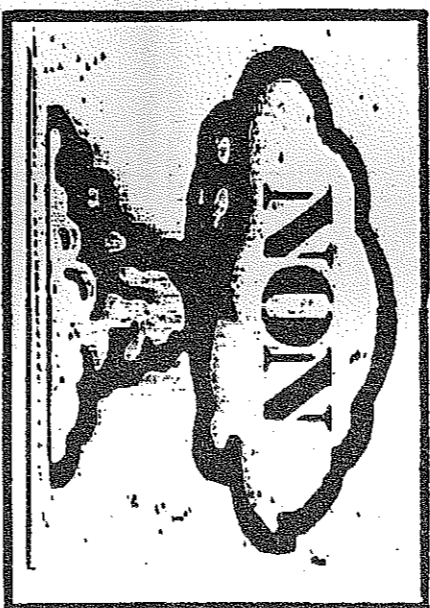
Gegen diese Verschönerung des Schweigens müßten wir also per Infostände, Handzettel und Hausbesuche antreten.

Von Bertusconi über Leo Kirch bis zu regionalen Medienmonopolen - von Freiheit der Berichterstattung kann keine Rede sein. Die SAV tritt für öffentlich-rechtlich Medien mit demokratischem Zugang für alle Bürger und gesellschaftlichen Gruppen ein.

Solange dies nicht der Fall ist, ist eine eigene unabhängige Presse unbedingt notwendig. Deshalb: Unterstützt VORAN durch Weiterverkauf und Spenden.



Das kommunalpolitische Programm der SAV Bremerhaven kann in der Redaktion bestellt werden. 2,50 DM in Briefmarken für Programm und Porto einschicken.



Nachbestellung an: Sozialistische Alternative Voran SAV Tel. 0221/134504 Fax: 0221/137280

DerAufkleber kann über die Redaktion bestellt werden: Preis 25 Pf. pro Stück, ab 100: 18 Pf. pro Stück

Bundeskonzferenz der SAV

Die nächste Bundeskonferenz der SAV findet vom 3. - 5. November 1995 in Köln statt. Auf der Tagesordnung stehen folgende Themen:

- Aktuelle politische Entwicklungen in Deutschland
- Wirtschaftliche Perspektiven und Perspektiven in der SPD
- Auswertung des Wahlkampfes in Bremerhaven und Schlussfolgerungen
- Sozialistische Kommunal-

- politik und Stadtteilarbeit
- Arbeitskreise zu Jugendarbeit und Gewerkschaftsarbeit
- Bericht von der Arbeit der internationalen Organisation
- Wahl des neuen Bundesvorstands
- Interessentinnen sind herzlich eingeladen. Teilnahmekosten für Unterkunft, Verpflegung, Taschengeld ca. 80 DM, für einzelne Tage 30 DM. Anmeldung über die Redaktion.

Sozialistische Alternative VORAN

Rostock

Treffen jeden Mittwoch, 19 Uhr, Augustenstraße 112a

Berlin

OG-Süd: montags 19 Uhr, Kindertladen Fun-Fun, Defragger Str. 2, S-Bahn Treptower-Park
 OG-Mitzzahn: dienstags 19 Uhr, PDS-Stützpunkt, Allee der Kosmonauten 99
 OG-Nord/West: montags 19 Uhr, „Kietztreff“, Jablonskystr. 11a, Prenzlauerberg
 Weitere Infos bitte unter 030 / 4 44 76 16 erfragen

Bremen

Ort und Termine bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen

Bremerhaven

Jeden Montag, 19 Uhr, SAV-Büro, Zeppelinstr. 3
 Infos über Themen unter: 04 71 / 41 75 48

Kassel

OG Nordost: jeweils freitags, 19 Uhr, Kulturzentrum Schlechtort, Aomobachstr. 12
 OG West: jeden Sonntag, 19 Uhr, Cafe Libra, Fr.-Ebert-Str. 171 (gegenüber der Stadthalle)
 Infos über Themen unter 05 61 / 1 64 91

Köln

Jeweils donnerstags, 19 Uhr, Bürgerzentrum Deutz, Tempelstraße 41, U-Bahn Deutzer Freiheit
 Infos unter: 02 21 / 13 45 04

Aachen

OG Ost: montags, 19 Uhr, Krautmühle, Treier Str. 16
 OG Nord: dienstags, 19 Uhr, Griechische Gemeinde, Rudolphstr. 18
 Weitere Infos unter 02 41 / 50 86 85

Siegen

Ort und Termine bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen

Frankfurt/Main

Donnerstags, 19 Uhr, Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5
 Weitere Infos unter 0 69 / 45 32 75

Stuttgart

OG Mitte: jeden Donnerstag, 19 Uhr, Jugendhaus Mitte, Hohe Str. 9
 OG Süd-West: jeden Donnerstag 17.30 Uhr, Jugendhaus Heislach (Göblinger Str. 92)
 OG Nord: jeden Dienstag, 19 Uhr, Jugendhaus Nord, Weitere Infos bei der SAV-Bundeszentrale erfragen

Freiburg

Ort und Termine bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen



VORAN
 Impressum
 Überregionale marxistische Monatszeitschrift
 Erschienen seit 1973
 Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
 Verantwortliche Redakteurin: Angela Bärkert
 Erscheinungsort: Mönchalt
 Druck: Berger und Bostman GbR, Kassel
 Redaktionsanschrift: Verlag, Parsberg 4, 50670 Köln
 Telefon 02 21/13 45 04 oder 13 46 04
 Telefax 02 21/13 72 80
 Bankverbindung: Post giroamt Essen (BLZ 360 100 43)
 Konto-Nr. 2500 059 430

ABONNIERT VORAN!

zehn Ausgaben zu 18,- DM
 zusätzlich Exemplare zum Weiterverkauf (in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
 Förderabo, 10 Ausgaben zu 10,- DM (ab 30,-)

Name, Anschrift, Telefon

Überweisen an: VORAN, Postgiroamt Essen, BLZ: 360 100 43, Konto-Nr. 250 059 430 - keine automatische Abb.-Verlängerung
 Abschnitt schneiden an: Red. VORAN, Hansring 4, 50670 Köln

Wofür wir kämpfen

Arbeit und Ausbildung

- ★ Arbeit für alle
- ★ 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ★ Mindestlohn von 2000 DM netto
- ★ Gleicher Lohn in Ost und West
- ★ Qualifizierte Ausbildungsplätze und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf
- ★ Für Schüler, Studenten und Azubis ab 18 Jahre mindestens 1500 DM netto

Wohnen

- ★ Sofortiger Mietstopp und Begrenzung der Mieten auf 20 Prozent des Nettoeinkommens
- ★ Verbot von Maklerstätigkeit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung
- ★ Enteignung großer privater Wohnungsbestände
- ★ Öffentliches Wohnungsbauprogramm von einer Million Wohnungen im Jahr

Soziales

- ★ Nein zu „Solidarbeitrag“ und Ergänzungsabgabe
- ★ Rücknahme aller Kürzungen der Kohl-Regierung
- ★ Kostenloses staatliches Gesundheits- und Pflegesystem
- ★ Massiver Ausbau von Schulen und Hochschulen

Bundeswehr

- ★ Radikale Abrüstung und Stop von Rüstungsexporten
- ★ Verstaatlichung der Rüstungsindustrie und Umstellung auf sinnvolle zivile Produktion
- ★ Kein Einsatz der Bundeswehr gegen Arbeiter und Demonstranten, kein Einsatz im Ausland
- ★ Streikrecht und Recht auf gewerkschaftliche Organisation für Soldaten
- ★ 1500 DM Mindestsold bzw. Lohnfortzahlung für Soldaten und Zivildienstleistende

Umwelt und Verkehr

- ★ Sofortige Stilllegung aller AKW und Stop von umweltzerstörerlicher Produktion bei voller Lohnfortzahlung für die Beschäftigten
- ★ Müllvermeidung und Recycling, sofortiger Baustopp für Müllverbrennungsanlagen

Ausbau des öffentlichen Verkehrs und Nulltarif

- ★ Verstaatlichung der Autoindustrie und Umstellung auf alternative Produktion

Frauen

- ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- ★ Streichung des Paragraph 218 Stragesetzbuch
- ★ Kostenlose Betreuung für Kinder ab dem 1. und bis zum 12. Lebensjahr, einen garantierten Kindergartenplatz für jedes Kind
- ★ Flächendeckendes Angebot an selbstverwalteten Frauenhäusern

Gegen Rassismus und Faschismus

- ★ Keine Abschiebungen
- ★ Wahrheit und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen
- ★ Abschaffung aller Ausländergesetze
- ★ Mobilisierung zur Verhinderung aller Nazi-Aktivitäten durch antifaschistische Bewegung, Gewerkschaften, SPD und PDS

Gewerkschaften, SPD und PDS

- ★ Keine Zusammenarbeit mit den Parteien des Kapitals
- ★ Organisierung eines gemeinsamen Kampfes von deutschen und ausländischen, west- und ostdeutschen KollegInnen auf der Grundlage eines sozialistischen Programms
- ★ Abgeordnete und Funktionäre dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn

Für eine sozialistische Demokratie

- ★ Keine Privatisierung Verstaatlichung aller Konzerne, Banken und Versicherungen unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung
- ★ Für eine demokratische Planwirtschaft, in der die Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt wird
- ★ Wahl- und jederzeitige Abwählbarkeit aller Funktionäre in Wirtschaft und Staat. Keine Privilegien für Funktionäre, sondern durchschnittlichen Facharbeiterlohn

Kampffonds

Die SAV hat nichts gemeinsam mit den etablierten Parteien. Was für unser Programm und unsere Arbeit gilt, gilt auch für unsere Finanzen. Der Wahlkampf der SAV Bremerhaven wurde komplett aus den Spendengeldern derjenigen finanziert, für deren Interessen die SAV kämpft: Arbeiter mit und ohne Arbeit, Rentner, Jugendliche, sozial Benachteiligte.

Durch viele Opfer kamen für den Wahlkampf-Fonds 18.500 DM zusammen. Auf einer Veranstaltung in Bremerhaven spendete eine Krankenschwester

500 DM. Andere wollten die SAV nach der Wahl mit einer regelmäßigen Spende unterstützen, damit der Kampf gegen die Kürzungspolitik weitergeführt werden kann.

Neben dem Wahlkampf war der Kampf gegen die Atomtests ein Schwerpunkt der SAV in der letzten Zeit. In einigen Orten organisierte die SAV zusammen mit anderen Gruppen Demonstrationen und Aktionen. Dabei wurden Unterschriften und Spenden gesammelt.

Insgesamt wurden im August 3.465 DM an das SAV-Bundesbüro überwiesen; im September waren es bei Redaktionsschluss 1.500 DM (Ziel je 4.600 DM).

Wir fordern alle Ortsgruppen auf, im Oktober besondere Anstrengungen zu unternehmen, um das Kampffondseingebnis zu verbessern. Weil der Kampf gegen Atomtests, gegen Mietenhöhungen und Sozialabbau Geld kostet, sollte bei allen Aktivitäten nach Spenden dafür gefragt werden.

Georg Kimmelp, SAV-Bundesbüro

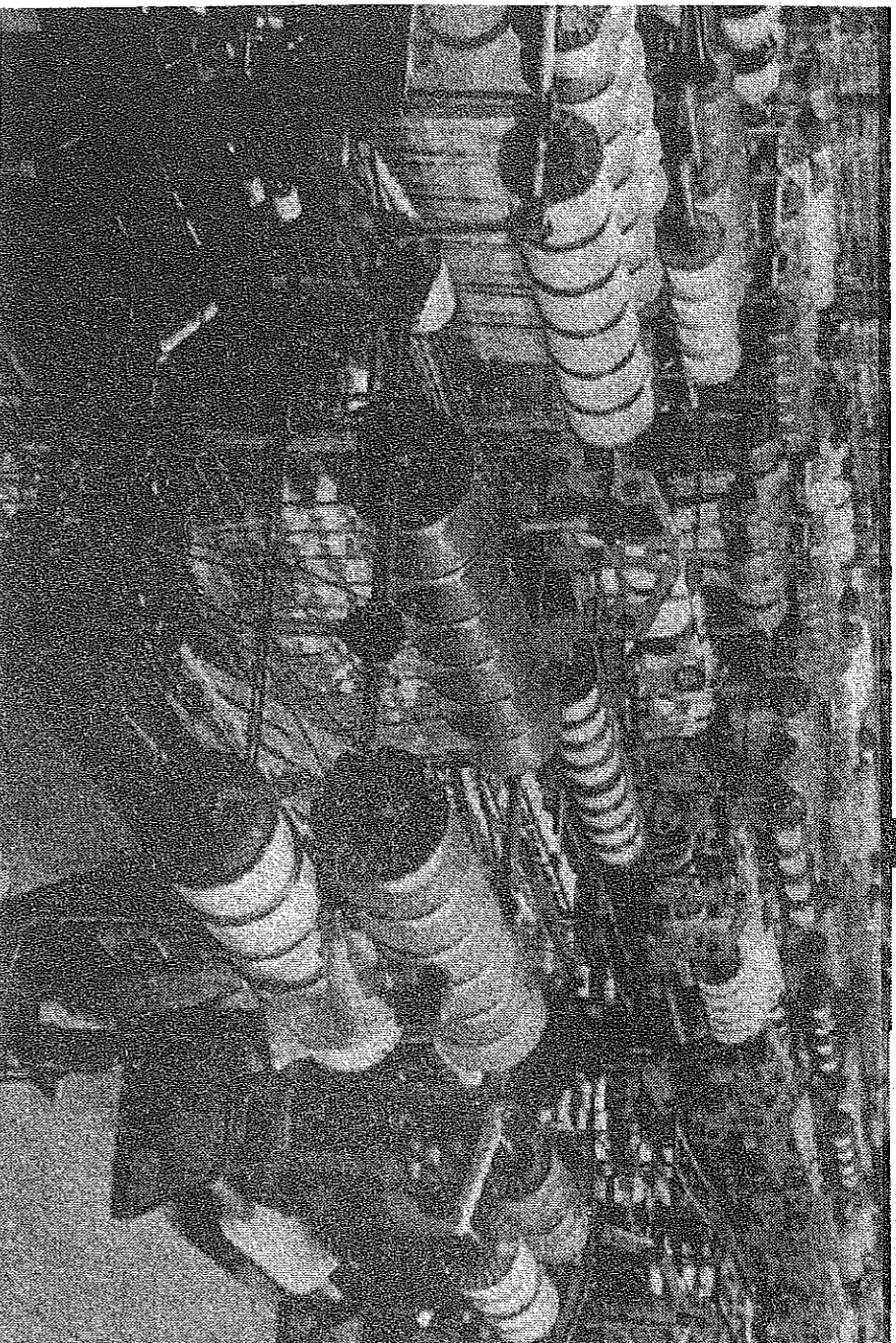
Werde Mitglied der SAV!

- Ich möchte weitere Informationen über Eure Arbeit.
 - Ich möchte Mitglied der SAV werden.
- Wir melden uns bei Dir und geben Deine Adresse an die nächstgelegene Ortsgruppe der SAV weiter.

Name, Adresse, Telefon

Abgeben am SAV-Stand, Dämmen VORAN-Verkäufer oder schicken an: Sozialistische Alternative VORAN, Hansring 4, 50670 Köln
 Infofonotelefon 02 21 / 13 45 04 Fax 02 21 / 13 72 80

Massenproduktion



Webmaschinen in der Textilindustrie: Die neuen in den USA entwickelten Produktionsverfahren können diese traditionellen Massenfertigung revolutionieren.

nach Markt

Die Bekleidungsindustrie steht vor einer Umwälzung der Produktionsmethoden. Möglichkeiten und Grenzen neuer Technologien

Maßgeschneiderte Kleidungsstücke - jedoch nicht in Handarbeit, sondern von Industrierobotern gefertigt, und daher zu erschwinglichen Preisen. Diese neue Technologie wird gerade auf dem US-Markt eingeführt und als Umwälzung gefeiert. Sie könnte auch andere Konsumgüterbranchen verändern.

Angela Bankert, Köln

In den USA bietet Levi Strauss als erster Konzern maßgeschneiderte Damenjeans aus industrieller Produktion. Und das läuft so: Durch Vermessung wie beim Schneider und Anprobe von Muster-Jeans werden die persönlichen Idealmaße und Design-Wünsche des Kunden im Laden ermittelt. Die Daten werden per Modem an die Fabrik weitergegeben. Nach zehn bis 14 Tagen liegen die Jeans in perfekter Passform zur Abholung im Laden bereit.

Die noch lange Lieferzeit hängt nicht mit der Herstellung zusammen, die nur 2 Tage dauert, sondern mit Transportwegen und Auslieferung an die bisher nur wenige Läden der Levi's-Kette, die Maßjeans im Angebot haben.

Möglich wurde dies durch die Entwicklung eines speziellen Computerprogramms für Schnitt- und Nähroboter, so daß sie auch nach individuellen Vorgaben fertigen können. Die Softwarefirma, die dieses Programm entwickelt hat, ist in den USA auch mit anderen Konzernen der Bekleidungsindustrie im Gespräch.

Dieses Fertigungsprinzip kann nicht nur die Textilindustrie, sondern auch andere Branchen für Konsumartikel revolutionieren. Computer- und robotergestützte Produktion bietet zum

Teil auch heute schon die Ansätze dafür. Mußte der Kunde früher z.B. auf ein neues Auto mit Extras lange warten, so geht heute die Umrüstung für Kleinserien mit Sonderausstattung relativ schnell.

Neue Ära der Massenproduktion

Joseph Pine, Leiter eines Unternehmensberatungs-Instituts für Massenfertigung nach Maß in den USA, prophezeit „eine neue Ära“ auch für andere Industriezweige.

„Die Umwälzungen werden gewaltig sein. Die Bekleidungsbranche ist dazu berufen wie kein anderer Industriezweig, weil eigentlich jeder Kunde am liebsten maßgeschneiderte Ware hätte.“ Aber da auch ansonsten die Kundenwünsche vielfältig seien, könnten sich auch andere Firmen „nicht mehr länger auf die Stabilität verlassen, die ihnen die Massenproduktion bislang bot. Massenproduktion nach Maß ist dagegen ein neues System, das den Kunden genau das bietet, was sie wünschen. Und die Firmen befähigt es, qualitativ hochwertige Ware zu geringem Preis und ohne Überschüsse zu produzieren.“

So weit, so schön. Unter kapitalistischen Vorzeichen hat die Sache jedoch einige Haken und Osen. Die breite Anwendung des neuen Verfahrens würde einen enormen Rationalisierungsschub bedeuten. Zum einen, weil sie den Einsatz von Computern und Robotern verstärken würden; die traditionelle Massenfertigung würde verdrängt, ohne daß die gleiche Anzahl von Arbeitsplätzen bei den neuen Produktionsverfahren entsteht. Zum anderen, weil bei der direkten Eingabe von Verbraucherswünschen in die Produktion

viele Zwischenschritte und damit eine entsprechende Anzahl Arbeitsplätze entfallen. Steigende Arbeitslosigkeit wirkt sich jedoch bekanntlich negativ auf die kaufkräftige Nachfrage aus – und nur diese wird in der Marktwirtschaft befriedigt. Diesen Trend, der eng mit der

Seit Wiedereinsetzen der Krise Mitte der 70er Jahre, mit steigender Massenarbeitslosigkeit und Verarmung, sind es überwiegend die kaufkräftigeren Haushalte, die sich die Anschaffung neuer Konsumartikel leisten können, dies oft genug noch auf Pump. CD-Player, Vi-

Firmen, die sie zuerst einführen, verschärfen aber letztlich den Widerspruch zwischen den Produktionsmöglichkeiten und dem begrenzten Absatzmarkt. Gesellschaftliche Bedürfnisse gibt es genug, und der gesellschaftliche Reichtum könnte durch neue Technologien enorm vermehrt werden. Doch dazu stehen die Profite und Konkurrenzgesetze der kapitalistischen Marktwirtschaft.

Dezentralisierung

Durch computer- und robotergestützte Produktionsverfahren wäre auch eine Dezentralisierung der Massenproduktion möglich. Für das neue Verfahren in der Bekleidungsindustrie sieht Unternehmensberater Pine es so: „Es muß nicht heißen, daß es dann eine riesige Fabrik geben wird. Wahrscheinlicher ist, daß es viele kleine Produktionsseinheiten geben wird, die regional angesiedelt sind, damit die Wege zum Konsumenten so kurz wie möglich sind.“ Und: „Wenn sich die individualisierte Massenfertigung erst mal durchsetzt, wird es etwa keine Schlußverkäufe mehr geben, keine Produktionsüberschüsse, keine teure Lagerhaltung.“

Nun sind große Lager in vielen Bereichen heute schon eine Selenite geworden, denn Absatzmärkte können in etwa vorausberechnet, im Zweifelsfall die Kapazitäten heruntergefahren werden. Und die Lagerhaltung der just-in-time Produktion findet vor allem in LKWs auf der Autobahn statt.

Aber eine Dezentralisierung der Produktion hätte natürlich positive Auswirkungen für Verkehnsaufkommen und Umwelt. Doch auch hier gibt es marktwirtschaftliche Haken: Ist es für die Industrie sinnvoll, in viele dezentrale Produktionseinheiten zu investieren statt in eine große Anlage? In vielen Fällen nicht, sonst würden sie es ja heute tun. Für kapitalistische Unterneh-

nungen, die all diese Faktoren berücksichtigen.

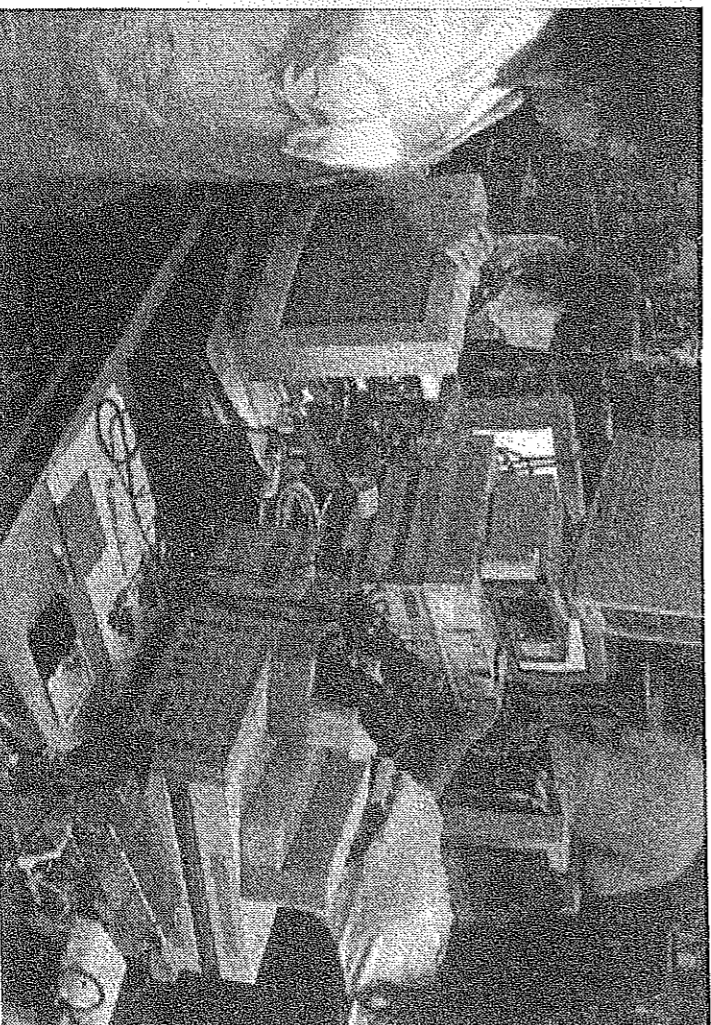
Markt und Plan

In der EDV-gesteuerten Produktion liegt allgemein die Möglichkeit einer sinnvollen Verbindung von Zentralismus und Dezentralismus. Was an zentraler Datenermittlung und -verarbeitung nötig und sinnvoll ist (z.B. Rohstoffekauf, Ermittlung des Energiebedarfs, finanzielle Rahmenbedingungen) kann auch zentral durchgeführt werden. Dem steht jedoch eine dezentrale, kundennahe und umweltfreundliche Umsetzung der Produktion (einschließlich regionaler Energieversorgung) nicht entgegen.

Gerade bei der Entwicklung der Mikroelektronik sind die früheren Ostblockstaaten ins Hintertreffen geraten, jedenfalls im Vergleich zu den entwickeltesten kapitalistischen Ländern. Selbst da, wo dies ansatzweise gelang, z.B. in Elektronikkomponenten der DDR oder in der Raumfahrtindustrie der SU, führte es nicht zu gesamtwirtschaftlichen Fortschritten. Dies vor allem aus Gründen, die nicht in der Planwirtschaft als solcher, sondern im politischen System lagen. Selbst die schönste EDV-gestützte Planung wird natürlich wenig, wenn die VerbraucherInnen ihre Wünsche nicht geltend machen können, und wenn nach politischen Vorgaben im Interesse einer Bürokratie statt nach den Bedürfnissen der Gesellschaft entschieden wird.

Aber daraus resultiert nicht, daß Bedürfnisse und Kundenwünsche sich grundsätzlich nur über den „Markt“ mit seinem blinden Spiel der Kräfte Gelbunden verschaffen können. Zumal der Markt solche Bedürfnisse, die keinen ausreichenden Profit bringen, ohnehin nicht befriedigt. Verbraucherswünsche können beim heutigen Stand der Produktivkräfte auch direkt und ohne Umwege in die Produktionsabläufe eingehen. Daraus müssen dann nicht gleich unlenkbare Großkombinate und bürokratische Fehlplanungen entstehen. Unabhängig von Voraussetzung dafür ist allerdings, daß die Gesellschaft ihre Bedürfnisse auch durchsetzen kann, daß also demokratische Mitwirkung und Kontrolle der Konsumenten und Produzenten besteht.

Dies ist weder mit der Diktatur des Marktes noch mit der Herrschaft einer bürokratischen Elite vereinbar, sondern das bedeutet sozialistische Demokratie. In einer sozialistischen Gesellschaft mit demokratischer kontrollierter Produktionsplanung und Lenkung ist erst die volle Anwendung moderner Technologie im Interesse von Mensch und Umwelt möglich: qualitativ hohe Massenfertigung bei günstigen Preisen, umweltschonende Produktionsverfahren, Verteilung der vorhandenen Arbeit, Anwendung von Technologien entsprechend dem Produktivitätsfortschritt. Dann besteht auch die Möglichkeit über die Nüchternwendung von Technologien gesellschaftlich zu entscheiden, wenn sie (noch) nicht kontrollierbar sind oder zu gefährlichen einschneisen. Denn in einer sozialistischen Demokratie ist die Gesellschaft weder den urwirtschaftlichen Profite- und Konkurrenzmechanismen des Marktes noch den willkürlichen Entscheidungen einer privilegierten Elite ausgeliefert. ■



Computergestützte Produktionsverfahren bringen Steigerung der Produktivität, aber auch Rationalisierung und Arbeitslosigkeit mit sich, jedenfalls unter marktwirtschaftlichen Voraussetzungen.

sich vertiefenden Krise des Kapitalismus zusammenhängt, kann man schon bei anderen Konsumartikeln beobachten. Zu Zeiten des weltweiten Nachkriegs-Ausschwungs (zumindest in den Industrieländern) fanden die wichtigsten Konsumgüter Zug und Zug Eingang in praktisch jeden Haushalt: Waschmaschine, Staubsauger, Kühlschrank, Fernseher, Telefon, Auto.

Rekordverschuldung des Staates, die meisten Kommunen bewegen sich am Rande der Pleite. Ausgaben kürzen und Einnahmen erhöhen sind die von allen Parteien anerkannten Rezepte gegen die Finanznöte von Bund, Ländern und Gemeinden. Aber ob Erhöhung der Mehrwert- und Mineralölsteuer, höhere Eintrittspreise bei Schwimmbädern, steigende Gebühren für Wasser, Abwasser, Müll usw. - immer trifft es die breite Masse der Bevölkerung. Unterschiede zwischen den Parteien gibt es nur über das "Wie".

Georg Kimmel, Köln

Wie sind die Schulden der öffentlichen Haushalte entstanden? Die wachsende Staatsverschuldung hat ihren Beginn in der Wirtschaftskrise 1974/75. Die Rezession führte zu Massenarbeitslosigkeit, sinkenden Steuereinnahmen und wachsenden Ausgaben für Sozialhilfe. Außerdem wurde versucht, die Wirtschaft mit staatlichen Geldern anzukurbeln.

Von den öffentlichen Haushalten der verschiedenen Ebenen geht es den Kommunen am schlechtesten. In der Politik wie im Leben läuft es nach dem Motto: „Den Lezten beißen die Hunde“. Im Verteilungskampf zwischen Bund, Ländern und Kommunen sitzen die Gemeinden am kürzeren Hebel. Insbesondere der Bund kann per Gesetz seine (Steuer-)Einnahmen erhöhen und finanzielle Lasten auf die Gemeinden abwälzen. Die Kommunen müssen die Sozialhilfe bezahlen. Die Ausgaben für Sozialhilfe steigen, weil die Arbeitslosigkeit zunimmt. 1994 gaben die Kommunen 54,1 Milliarden DM für Sozialhilfe aus. Damit hat sich diese Summe für die Gemeinden seit Beginn der 80er Jahre verdreifacht und beträgt ungefähr so viel, wie sie für Investitionen in den Bau und Erhalt von Schulen, Straßen und Abwassersystemen ausgeben.

Umverteilungspolitik

Aber auch Bund und Länder haben Schulden. Schulden machen denjenigen, der sie hat, nicht reich sondern arm, denn für Schulden müssen Zinsen gezahlt werden. 150 Milliarden DM Zinsen bezahlten die öffentlichen Haushalte 1994.

Aber an wen? An diejenigen, die dem Staat Geld geliehen hatten. Und wer viel Geld geliehen hatte, bekam viel Zinsen. Wer dem Staat 10.000 DM zu 6 Prozent Zinsen geliehen hatte, bekam pro Jahr 600 DM Zinsen. Wer 10 Millionen DM ausgeliehen hatte, bekam 600.000 DM Zinsen. Kurz: „Wer hat, dem wird gegeben“. Viel Geld zu verliehen haben vor allem die Millionäre und Milliardäre, aber auch Banken, Konzerne und Versicherungen. Damit ist klar, wer den Löwenanteil der Zinsen kassiert.

Aber wer zahlt die Zinsen? Der Steuerzahler. Doch diesmal geht es umgekehrt: Den Löwenanteil der Steuern zahlen nicht die, die das meiste Geld haben, sondern die breite Masse der Bevölkerung. Die gesamten Steuereinnahmen des Bundes bestehen zu 72 Prozent aus Lohnsteuer, Mehrwertsteuer und Mineralölsteuer. Und die Mehrwertsteuer als sogenannte Endverbrauchersteuer muß jeder zahlen, auch der ärmste Sozialhilfeempfänger, der sich ein Brot oder eine Zahnbürste kauft. Und schon ist die Umverteilung perfekt. Die Zinsen kassieren die einen, für die Zinsen zahlen tun die anderen.

Zinsschulungen auf Staatsschulden sind nur ein Mittel der



Mit staatlicher Umverteilungspolitik zugunsten der Reichen werden die öffentlichen Kassen systematisch geleert. Für die Staatschulden darf dann die Masse der Steuerzahler aufkommen, die Zinsen kassieren wiederum die Reichen.

Kürzungspolitik ist kein Naturereignis

Öffentliche Schulden und private Vermögen sind zwei Seiten derselben Medaille

Umverteilungspolitik der letzten Jahre. Die wenigen Steuern, die die Unternehmer zu zahlen haben, wurden in den letzten Jahren sogar noch gesenkt.

1983 bestanden die gesamten Steuereinnahmen zu 65,1 Prozent aus Lohnsteuer, Umsatz- und Mineralölsteuer. 1994 aber zu 72 Prozent. Dagegen sind die von Unternehmen zu zahlenden Steuern (wie Körperschaftsteuer und die veranlagte Einkommenssteuer) in diesem Zeitraum von 13,1 auf 5,7 Prozent zurückgefallen. Zahlreiche komplizierte steuerliche Sonderregelungen und Vergünstigungen zugunsten der privaten Wirtschaft wurden eingeführt. (Nach SZ, 10. 8. 95).

Ein weiterer Weg staatlicher Umverteilungspolitik ist die Privatisierung gewinnbringender öffentlicher Unternehmen und Dienstleistungen. Allen voran die Telekom. Die 5,9 Milliarden DM Gewinn, die sie 1994 an den Bundshaushalt abführte, fließen demnachst nicht mehr komplett in die

auch noch der „Gewinn“, der Profit des privaten Unternehmens gezahlt werden.

Die Privatisierungspolitik wird, allen gegenteiligen Behauptungen der Politiker zum Trotz, einige Leute noch reicher, Bund, Länder und Kommunen aber noch ärmer machen.

Per staatlicher Umverteilungspolitik werden die Gewinne von Unternehmen, Banken, Versicherungen künstlich weiter erhöht. Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) rechtfertigte dies seinerzeit so: „Die Gewinne von heute sind die Investitionen von Morgen und die Arbeitsplätze von Übermorgen.“ Der Satz war damals so falsch wie heute. Von 1982 bis 1994 stiegen die Netto-Gewinne um 159 Prozent (die Netto-Löhne nur um 51 Prozent).

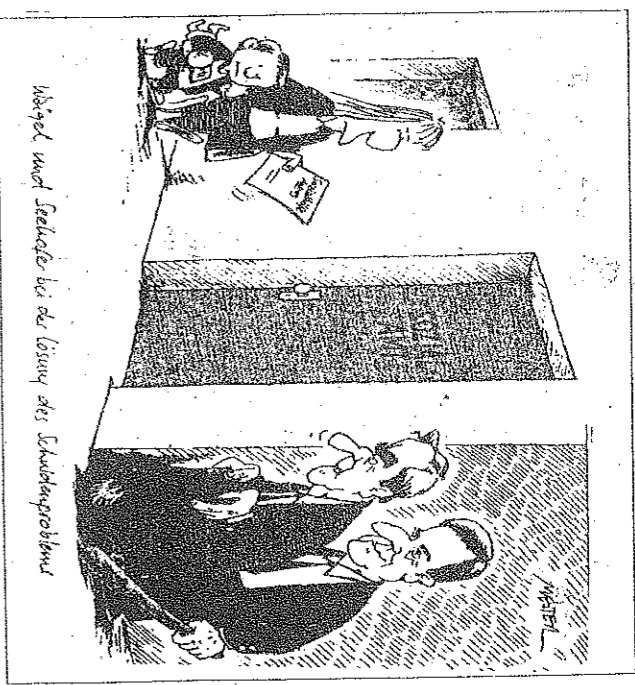
1982 waren in Westdeutschland 1,8 Millionen arbeitslos, 1994 waren es 2,6 Millionen. Die Unternehmen investierten trotz Riesengewinnen gerade nicht in die Produktion, es werden kaum neue Arbeitsplätze

bedürfen, sind direkte Subventionen. Konzernen wie DASA werden Millionen an Forschungsgeldern und Investitionszuschüssen geschenkt. Städte und Gemeinden willige Unternehmen, nach dem Motto „Wer bietet mehr“, Technologieparks, Autobahnschlüsse, billige Grundstücke und deren Erschließung. Aus der Logik der Standortpolitik „Deutschland gegen Portugal“ wird „Nordrhein-Westfalen gegen Niedersachsen“ und schließlich „Klein-Kleckerstein gegen Groß-Kleckerstein“.

Gerne wird die Wiedervereinigung als Ursache der Schuldenkrise dargestellt. Richtig ist, daß an der kapitalistischen Wiedervereinigung die Konzerne dank staatlicher Transferleistungen eine goldene Nase verdient haben und dabei die Staatsverschuldung gestiegen ist. Nur ein Beispiel von vielen: Der Siemens-Konzern, der mehr als 20 Milliarden DM flüssige Mittel sein eigen nennt, ließ sich den Bau seiner Chip-Fabrik bei Dresden mit 800 Millionen DM (Gesamtkosten 2500 Millionen) vom Staat subventionieren. Aber die Wiedervereinigung ist nicht die Ursache der Staatsverschuldung. Die gibt es in ziemlich jedem europäisches Land. Eine Wiedervereinigung gab es nur in Deutschland.

Kürzungspolitik führt zu Kürzungspolitik

Genau wie zu jedem Magneten zwei gegensätzliche Pole gehören, in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft Schulden und Vermögen, Zinszahler und Armut zusammen. Und der Reichtum ist nicht anonym. Zwar versteckt er sich gem diskret hinter verschleierte Firmen- und Bankennamen. Aber er hat auch Namen: Firmenebesitzer bzw. deren Erben wie Haub, Hamiel, Flick, Thyssen, von Thurn und Taxis, Albrecht, Oetker, Grundig, Quandt, Manager wie Piech, Henemann, Kopper, Comme. Die kapitalistische Krise er-



Mit staatlicher Umverteilungspolitik zugunsten der Reichen werden die öffentlichen Kassen systematisch geleert. Für die Staatschulden darf dann die Masse der Steuerzahler aufkommen, die Zinsen kassieren wiederum die Reichen.

kennnt man an den Symptomen: Ebbe in den öffentlichen Kassen und in den Haushaltskassen von NormalverbraucherInnen - Flut in den Kassen der Millionäre

Krise der Staatsfinanzen
Wie sich die Krise der Staatsfinanzen entwickelt hat, wird besonders deutlich, wenn man die Ausgaben für Zinsen mit denen für Investitionen vergleicht.

Jahr	Zinsen	Sachinvestitionen
1970	6,9 Mrd DM	32,3 Mrd DM
1992	101,0 Mrd DM	103,5 Mrd DM

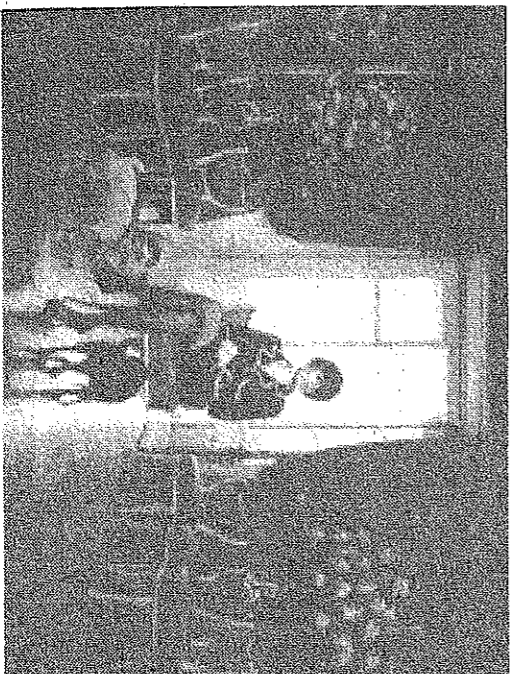
(Bund Länder und Gemeinden zusammen)

und Milliardäre. Deshalb erleben wir, daß in der Krise nicht alle den Gürtel enger schnallen müssen.

Das größte Problem ist allerdings nicht die ungerechte Verteilung des Reichtums. Das größte Problem ist, daß jeden Tag Millionen Menschen daran gehindert werden, gesellschaftlichen Reichtum zu produzieren. Im Durchschnitt erwirtschaftete 1994 in Deutschland jeder Erwerbstätige Waren und Dienstleistungen im Wert von 94.889 DM. Multipliziert mit den 3,7 Mio offiziell gemeldeten Arbeitslosen ergibt dies 351 Milliarden DM. Zum Vergleich: 1994 betragen die Ausgaben aller Gemeinden 331 Milliarden DM.

Die Krise der öffentlichen Haushalte entwickelte sich aus der Krise der privaten, sprich: kapitalistischen Wirtschaft. Seit Mitte der 70er Jahre führen schwaches Wachstum und Wirtschaftskrisen zu Massenarbeitslosigkeit, steigenden Sozialhilfeausgaben, Steueranstößen. Alle Versuche, den Götzchen „Privatwirtschaft“ mit Geschenken zu arbeitsplatzschaffenden Investitionen zu bewegen, haben den Götzchen reicher gemacht und die öffentlichen Kassen leerer. Die Geschenke bezahlen muß die Masse der arbeitenden Bevölkerung. Dadurch sank die Massenkaukraft, damit die Nachfrage, was zu noch mehr Arbeitslosigkeit führt. Dies wiederum führt zu sinkenden Steuereinnahmen, steigenden Sozi-

Die Urenkel des Thyssen-Gründers, Federico und Claudio Zichy-Thyssen, haben ihr Thyssen-Aktienpaket von rund 15% an die Commerzbank verkauft. Geschätzter Wert: 1,4 Mrd. DM. Unternehmerisch waren die Urenkel, die in Armut nicht tätig gewesen. Angenommen zwei Brüder, Stahlarbeiter bei Thyssen, würden jeden Monat 1.000 DM sparen, dann müßten sie 58.333 Jahre bei Thyssen arbeiten und sparen, ehe sie die gleiche Summe zusammentun hätten.



Nicht alle müssen in der Krise den Gürtel enger schnallen. Die Schloßbesitzerin Gloria von Thurn und Taxis wird jeden Morgen um eine halbe Million reicher.

Staatskasse, sondern in dem Maße, wie Telekom privatisiert wird, in die Taschen privater Aktionäre. Wo Müllabfuhr, Reinigungsdienste oder Teilbereiche von Krankenhäusern privatisiert werden, müssen nicht nur die tatsächlichen Kosten, sondern



Algerien

Durch einen Aufruf des algerischen Gewerkschaftsbundes (UGTA) zum einseitigen Generalstreik wurde am 11.9.95 die Hauptstadt Algier völlig lahmgelegt. Der Streik richtete sich gegen das Privatisierungsprogramm der Regierung. 50 große Staatsbetriebe und 1.250 kleinere und mittlere sollen privatisiert werden. Den Arbeitern droht dadurch der Verlust von 250.000 Arbeitsplätzen, niedrigere Löhne und schlechtere Bedingungen. In Anbetracht der bürgerkriegsähnlichen Zustände im Land ist der erfolgreich durchgeführte Streik umso erstaunlicher.

Frankreich

Bereits eine Woche nachdem die französische Regierung wieder mal einen neuen Chef für France-Telecom ernannte, trat dieser zurück. Mit dem Wechsel im Chefsessel sollte ein neuer Anlauf gemacht werden für die Privatisierung. Kommentator des Handelsblatts vom 12.9.95: „Einmal mehr ist ein Telekommunikationsminister vor dem großen Streik des öffentlichen Dienstes zurückgeschreckt.“

Haiti

Als vor einem Jahr amerikanische Truppen in Haiti einmarschierten und die damalige Militärdiktatur beseitigte wurde das als demokratische Entwicklungshilfe verkauft. Als jetzt 9 Staatsbetriebe in die Fänge amerikanischer Bosse übergehen, sollten demonstrierte die Bevölkerung mit Sprechchören „Yankee Go Home“ degenen.

Eurotunnel

pleite

Der Eurotunnel zwischen Frankreich und Großbritannien sollte die Überlegenheit der Privatwirtschaft bei Großprojekten im Verkehrsbereich demonstrieren. Es sollte ein Paradebeispiel werden für die Privatisierungspolitik von Thatcher. 17 Monate nach der feierlichen Tunneleröffnung steht die Betriebsgesellschaft vor dem Bankrott und schreit nach Staatsgeldern.

Britanien

Nach Zerschlagung der staatlichen britischen Bahn „British Railways“ in 25 Einzelgesellschaften, um sie für die Privatisierung in mundgerechte Häppchen vorzubereiten, zeigt sich der Segen solcher Maßnahmen nun auch beim Fahrplan. Die Untergesellschaft „Railtrack“, zuständig für Schienennetz und Fahrplan, bräuhete einen Winterfahrplan heraus, der leider unbrauchbar da überwiegend falsch war. Zwei Ergänzungswälder mit mehreren hundert Seiten mußten nachgeschoben werden. Nun muß der Bahnkunde mit drei Wälzern hantieren, die wegen Ausdünnung des Schienennetzes immer komplizierteren Anschlüsse in Detektivarbeit herausfinden und hat keine Garantie, daß es die Verbindung auch gibt. Denn immer noch sind Züge verzeichnet, die irgendwo losfahren, aber laut Plan ihr Ziel nie erreichen.

Japan hat die Krise

Im Musterland des Kapitalismus geht's nicht mehr musterhaft zu.

Jahrzehntelang galt Japan als das Vorzeigeland des Kapitalismus, als Beispiel für wirtschaftlichen Erfolg und politischen Stabilität. Wachstumsraten von 11% und mehr, unangefochtene Konkurrenzfähigkeit auf den Weltmärkten, ununterbrochene Regierung durch die konservative LDP (liberaldemokratische Partei). Doch seit Beginn der 90er Jahre hat sich dies gründlich geändert. Dennoch wird uns von den Propheten des „Standorts Deutschland“ immer noch das japanische Vorbild vorgehalten.

**Georg Lohmeyer,
SAV-Aachen**

Japans Wirtschaft stagniert seit über 5 Jahren, und über den Streik um den japanischen Wirtschaftskurs hat sich die ehemals regierende LDP in vier Parteien gespalten.

Japan steckt im schärfsten und längsten Konjunkturreinbruch der Nachkriegszeit. Alle traditionellen Mittel der Wirtschaftsanhebung versagen. Im Juni 95 wurde das sechste Konjunkturförder-Programm in zweistelliger Milliardenhöhe aufgelegt. Es könnte ebenso wirkungslos verpuffen wie seine fünf Vorgänger. Die japanischen Leitzinsen sind auf einem historisch und international wohl einmalig niedrigen Stand von 0,75%.

Dennoch bewegen sich die Prognosen der Wirtschaftsinsti-tute und der OECD für das Finanzjahr 1995/96 zwischen -0,2% und +1,35%, das heißt, Japan wird auch in diesem Jahr nicht aus dem Konjunkturalherauskommen. Zusammen mit der konjunkturellen Abschwächung in den USA hat dies Folgen für die Weltwirtschaft, die mit schwächlichen Wachstumsraten vor sich hin dümpelt. Selbst die traditionelle Exportstärke Japans läßt nach. Im Bereich Warenexport ist Japan mittlerweile auf Platz drei hinter den USA und Deutschland zurückgefallen.

Faule Kredite

Hintergrund ist die Investitionsquote, früher die Stärke der japanischen Wirtschaft, die

schon seit den 80er Jahren rückläufig ist. Der galoppierende Spekulations- und Aktienboom der 80er Jahre war gerade Ausdruck dafür, daß nicht genügend profitable Anlagemöglichkeiten in der Industrie vorhanden waren - ein weltweites Problem des Kapitalismus, dessen Kri-



Landesweiter Streik- und Aktionstag von 170.000 Beschäftigten im Gesundheitswesen im März 95: Auch mit dem sozialen Frieden und der Geduld japanischer Arbeitnehmerinnen geht es zuende.

senmechanismen sich auch Japan nicht entziehen konnte.

Aktien- und Bodenpreise erreichten Ende der 80er volkornmen realitätsferne Höhen. Massiv angeheizt wurde dies durch die Kreditvergabe japanischer Banken, die sich zusätzlich selbst an den Spekulationsgeschäften beteiligten. Auch Großkonzerne, z.B. Mitsubishi, erwirtschafteten mehr Gewinne im hausgemachten Bankengeschäft als in der Produktion. Anfrang der 90er Jahre platzte die Seifenblase, die Immobilien- und Aktienpreise fielen drastisch ab, naherten sich den realen Wert-

gesicht kommen.

Die japanische Regierung versucht derzeit, zusammenbrechende Institute, wie die Cosmos Kreditbank, durch direkte Intervention (d. h. Herüber-schieben von Steuergeldern) zu retten. Trotzdem kollabierte Ende August die größte japanische Kreditgenossenschaft. Weitere Bankzusammenbrüche sind zu erwarten.

Acht der zehn größten Banken der Welt haben ihren Sitz in Japan, das japanische Kreditwesen hat weltweit ein enorm hohes Gewicht. Die Krise im japanischen Bankwesen kann das ohnehin labile weltweite Finanzsystem schwer erschüttern.

Politische Krise

Tiefe Spuren hinterließ diese Krise in der japanischen Politik. Sie führte schließlich zur Spaltung der scheinbar altnahelichten Regierungspartei LDP und zu raschen Wechseln von Regierungen und Premierministern. Die Sozialistische Partei löste sich kürzlich auf und will sich als liberale Partei neu gründen. 38 Jahre lang stellte die LDP ununterbrochen die Regierung. Eng verflochten mit Großkapital und Wirtschaftsbürokratie, bestimmte sie unangefochten den Kurs der japanischen Politik - bis zur Krise Anfang der 90er Jahre.

In vier Jahren wurden drei LDP-Regierungschefs ver-schlossen. Im April 1993 wurde der Fraktionsvorsitzende wegen Steuerhinterziehung von 1,6 Millionen verhaftet und vor Gericht gestellt. Nach 3 Monaten interner Diskussion trennten sich kurz nacheinander drei Gruppen von der LDP ab: die

Erneuerungspartei JRP, die Partei der Verkündung und die Neue Partei Japans JNP.

Bei den darauf folgenden Parlamentswahlen im Juni 1993 verlor die (Rumpf-)LDP zum ersten Mal die absolute Mehrheit und mußte die Regierung an eine Koalition aller sieben

Oppositionsparteien abgeben. Kaum ein Jahr später, im Juni 1994, zerbrach die Sieben-Parteien-Koalition und machte einen Regierung aus LDP und Sozialdemokraten Platz. Inzwischen hat der Spaltplatz auch die Sozialdemokratie ergriffen.

Hintergrund dieser rasanten Spaltungsprozesse des politischen Etablissements ist die Ratlosigkeit der bürgerlichen Politik angesichts der anhaltenden wirtschaftlichen Stagnation und grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten über den Kurs der japanischen Wirtschaftspolitik.

Keine Geheimrezepte

Die Spitze der (Rumpf-)LDP hält an den althergebrachten Methoden fest: Konjunktur-spritzen, straitjacket Eingreifen, Niedrigzinsen. Demgegenüber vertreten die neo-konservativen LDP-Abspaltungen einen Kurs des wirtschaftlichen Liberalismus: Deregulierung, Marktöffnung, Steuersenkung für Besesserverdienende, Schaffung eines zweiten Arbeitsmarktes. „Wir sollten nur ein Minimum an Regeln (...) beibehalten und auf eine grundsätzliche Lastser-faire-Politik umschalten“, so Ichiro Ozawa, damaliger Generalsekretär der JRP und Architekt der Sieben-Parteien-Koalition.

Ein Teil der bürgerlichen Politiker will also jetzt genau das versuchen, was Reagan, Thatcher und andere in den 80er Jahren praktizierten: neoliberalen Wirtschaftspolitik, die allerdings auch die anderen Ländern die Krise nicht verhindern konnte. Jahrzehntelang galt Japan als

das Musterbeispiel für den Erfolg des kapitalistischen Systems. Auch heute kann es als „Beispiel“ dienen: nämlich für die weltweite Krise, die das kapitalistische System erlitten hat.

Das Musterland Japan hat keine Geheimrezepte, auch wenn uns das weltweit mit der Propagan-

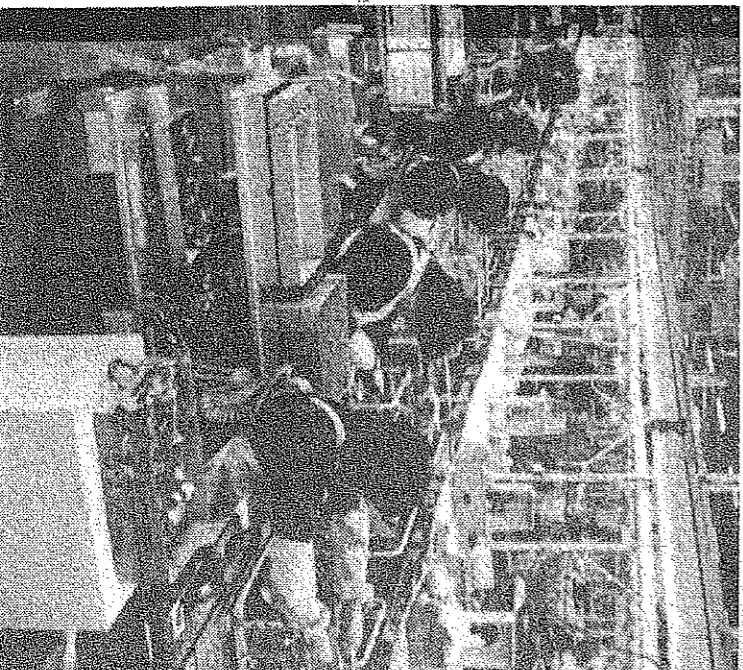
da vom japanischen Modell immer noch vorgegaukelt wird.

Auch in Japan wird alles darauf hinauslaufen, die Krise auf den Rücken der Arbeiter abzuwälzen. Es wird davon gesprochen, daß drei Millionen Arbeitsplätze abgebaut werden sollen, gleichzeitig soll ein Arbeitsmarkt für ungeschützte, kurzfristige Arbeitsverhältnisse geschaffen werden. Angriffe auf den Lebensstandard der Masse der Bevölkerung sind vorprogrammiert.

Die japanische Gesellschaft reagiert auf all diese Auflösungserscheinungen, z. B. mit dem Zulauf zu religiösen Sektoren wie der berüchtigten AUM. Andererseits ist aber auch eine wachsende Militanz der Arbeiter zu beobachten sowie eine deutliche Abkehr von den traditionellen Parteien.

Bei betriebsinternen Tarifverhandlungen kommt es inzwischen vor, daß die Arbeiter „ihre“ Geschäftsleitung mit wütenden Beschimpfungen niederbrüllen. Die Bürgerweiserverhalten in Tokio gewann ein linksin-tellektueller Schriftsteller mit einem Wahlkampfzettel von gerade mal 1.200 DM. Bei den Kommunalwahlen erhielten unabhängige Kandidaten auch in anderen Städten bis zu einem Drittel der Sitze.

Dieser Prozeß wird weitergehen, wenn die japanischen Arbeiter in Zukunft mit sinkendem Lebensstandard und Massenarbeitslosigkeit konfrontiert werden. Eine Periode scharfer sozialer Kämpfe, einhergehend mit der Bildung neuer politischer Organisationen der japanischen Arbeiterklasse, ist abzusehen.



Exportproduktion von Videorekordern: Bei der Warenausfuhr ist Japan auf Platz 3 hinter den USA und Deutschland zurückgefallen.

Polizeiterror und erste Erfolge

Der Busfahrer-Streik in Dänemark geht ungebrochen in den 8. Monat/ Bericht vom internationalen Aktionstag in Esbjerg

Ausnahmezustand In Esbjerg. Nichts anderes fällt einem ein, wenn man mit der Brutalität und Willkür der dänischen Polizei konfrontiert ist. 100 Polizisten, ausgerüstet mit Hunden ohne Maulkorb, gehen am Morgen des internationalen Aktionstags am 1. September gegen die 300 Blockierer des Busdepots von Ri-Bus vor.

Ursel Beck, SAV-Bundesvorstand

Das ist Alltag in Esbjerg. Zweimal am Tag einschüchelt Samstag und Sonntag versuchen die entlassenen „richtigen Busfahrer“ - unterstützt durch Mitglieder von Solidaritätskomitees, Gewerkschaften und Jungendlichen aus dem ganzen Land - die 20 Streikbrecherbusse am Verlassen des Busdepots zu hindern. Täglich werden sie von der Polizei angegriffen. Hundebisse und vorübergehende Festnahmen sind an der Tagesordnung.

Als sich nach der Blockade am 2. September 100 Kolleginnen und Kollegen im Streiklokal zum Frühstück versammelten, stand eine ältere Frau auf und sagte, daß sie am Morgen vor Wut gebault habe, weil sie das

Verhalten der Polizei an den Zweiten Weltkrieg erinnert habe, als diese mit den Nazis kollaborierten. Auch bei der Blockade reagierten die Teilnehmer mit Sprechchören „Nazi-Polizei“ auf die Angriffe der Polizei:

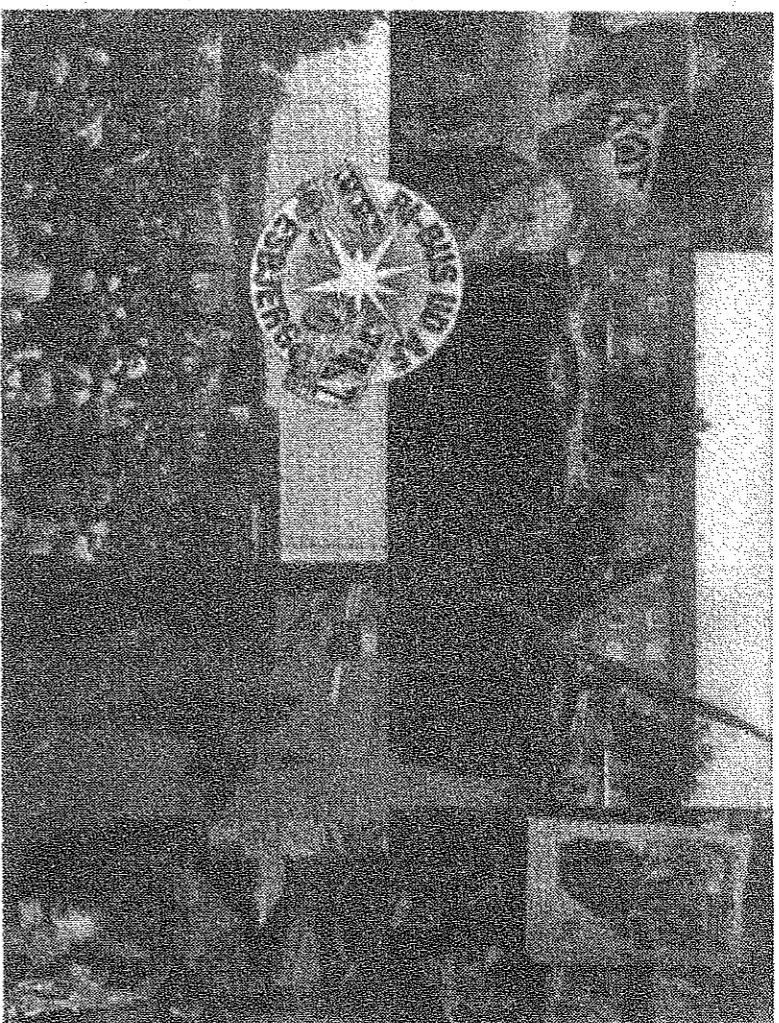
Festnahmen

Zwei SAV-Mitglieder, die mit einer 12-köpfigen Delegation Aktionstag teilnahmen, wurden für mehrere Stunden festgenommen. Michael Müller aus Bremen war auf dem Weg von einer Kundgebung im Stadtzentrum zurück zu seinem Auto. Dabei wurde er Augenzeuge als eine Gruppe von Frauen, die einen Streikbrecherbus blockierte, von der Polizei angegriffen wurde. Als er versuchte, die Frauen zu verteidigen, stützten sich die Polizisten auf ihn, warfen ihn zu Boden, versetzten ihm einen Schlag in die Magen-gegend, verpackten ihn Handschellen und schleppten ihn in ihren Wagen.

Als wir mit einem Teil unserer Delegation zur Polizeiwache gingen, wurde uns jede Auskunft verweigert. Stattdessen drohte man, uns mit Polizeige-

walt aus der Wache zu entfernen, falls wir nicht sofort von selbst gingen. Michael wurde sämtliche 250 Mark, die er bei sich hatte als willkürliches Strafmaß für „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ abgenommen. Erst nach 6 Stunden wurde er wieder entlassen. Am nächsten Tag traf es Norbert aus Aachen. Ein Hitler-Gruß und die Worte „Sieg-Heil“ gegenüber Polizisten, die sich wie halbe Nazis auführten, reichten aus für eine Verhaftung und 2 1/2 Stunden Polizeiarrest. Auch ihm wurden 120 Mark - alles was er bei sich hatte - abgenommen für seine „Beleidigung der Staatsgewalt“.

Als wir während des Tages mit 4 Leuten auf einer Bank in der Nähe des Busbahnhofs saßen, kam plötzlich eine Polizeiwache angehaust und stoppte kurz vor uns. Polizisten stürmten aus dem Wagen auf uns zu und forderten uns auf, sofort aufzustehen und diesen Platz zu verlassen. Als wir uns weigerten und nach der gesetzlichen Grundlage dafür fragten, konnten sie im rüden Ton: „Das Gesetz interessiert uns nicht, was wir hier machen, ist das Gesetz“. Und schon packten sie uns an den Ärmel und zogen uns hoch. Ein pensionierter



Verfarbeiter, IGM-Mitglied und früherer Vertrauensmann, der mit in unserer Delegation war, war total geschockt über das was er da erlebte. Er sagte sein Bild vom demokratischen Dänemark wäre jetzt völlig erschüttert. Außerdem erschien es ihm unbegreiflich, daß die deutschen Gewerkschaften die Busfahrerkollegen nicht unterstützen und überall bekannnmachen, was hier passiert.

In der Woche zuvor hat die Polizei bei der Freundin eines seit Anfang August in Untersuchungshaft befindlichen Busfahrers eine Hausdurchsuchung vorgenommen und ihren PC konfisziert. Ein Gericht entschied am 18.9., daß die 3 Kollegen, die in Untersuchungshaft sind weitere 4 Wochen inhaftiert bleiben. Das beschlagnahmte Streikkonto mit 516.000 dänischen Kronen mußte die Polizei inzwischen wieder rausrücken.

Auf Eis gelegt

Trotz Polizeiverfolgung, trotz Kriminalisierung und trotz Hezkkampagne in der bürgerlichen Presse ist die Kampffront ungebrochen. Auch der Boykott der Streikbrecherbusse durch die Bevölkerung steht noch immer. Noch nie habe ich in den Hauptverkehrszeiten so leere Busse gesehen wie in Esbjerg.

Auch wenn die private Busgesellschaft in Esbjerg nach wie vor hart bleib, hat der Streik bereits Erfolge gebracht. Andere Privatunternehmer, die in jüngster Zeit öffentliche Betriebe übernommen haben, trauen sich derzeit nicht an den Abbau des bisherigen Lohnniveaus und der alten Standards. In Aarhus stand der Verkauf der städtischen Busbetriebe ebenfalls an. Doch die Pläne wurden unter dem Eindruck des Kampfes in Esbjerg und der Existenz eines Unterstützungskomitees in Aarhus inzwischen auf Eis gelegt. In der Woche vor dem Aktionstag haben drei Streikbrecher ihren Job geschmissen, weil sie den psychischen Druck der Streikenden und der sympathisierenden Bevölkerung nicht länger standhalten konnten. Noch immer gelingt es Ri-Bus nicht, neue Streikbrecher zu finden, was zur Folge hat, daß nach wie vor ein großer Teil der Linien nicht gefahren werden kann.

Arbeiter stürzen die Regierung

Größte Streikbewegung in der Türkei seit dem Militärputsch

Tansu Ciller (Foto) galt als „türkische Maggie Thatcher“. Thatcher fiel 1992 über die Massenbewegung der britischen Arbeiterklasse gegen die verhaßte Kopfsteu-er (Poll Tax) - nach 14 Jahren arbeiter- und gewerkschaftsfeindlicher Politik als Regierungschefin. Ciller machte es nur zwei Jahre. Letzten Monat zerbrach ihre Regierungskoalition mit den „Sozialdemokraten“ der CHP (Republikanischen Volkspartei).

Sascha Stanicic, Köln

Ciller mußte zurücktreten und versucht nun verzweifelt, ein neues Regierungsbündnis zu schmiedeln, ist aber bisher (29.09.1995) gescheitert.

Hintergrund dieser dramatischen Krise des türkischen Kapitalismus ist die größte Massenbewegung der Arbeiterklasse in der Türkei seit dem Militärputsch 1980. Ende September waren 250.000 Staatsbeschäftigte im Streik - von der staatlichen Industrie über die Häfen bis zur Eisenbahn traten die Ar-



beiter in den Ausstand. Im Laufe des Oktobers sollen nach dem Willen des Gewerkschaftsachverbandes Türki-Is weitere 150.000 dazukommen.

Die Streiks richteten sich gegen die neoliberale Politik der türkischen Regierung, die die Krise des kapitalistischen Systems auf dem Rücken der Arbeiter ausgetragen will. Auslöser war ein Lohnhöhungsangebot der Regierung von 5,4 Prozent - bei einer Inflation, die auf die einhundert Prozent zugeht.

Schon im letzten Jahr gab es Massenstreiks im öffentlichen

Wahlen in Schweden

Ein Schlag ins Gesicht des Establishments waren in Schweden die Wahlen zum Europaparlament, die durch den EG-Beritt nötig waren. Nur 40% der Wählerinnen, ein historischer Tiefstand, nahmen daran teil. Die regierende Sozialdemokratische Partei im Vergleich zu den Parlamentswahlen im letzten Jahr 1,8 Millionen Stimmen und sank von 54,3% auf 28,1% ab. Die Linkspartei (ex-KP) und die Umweltpartei, die beide gegen den EG-Beritt waren, legten enorm zu und einhielten mit zusammen 30,1% mehr als die Sozialdemokraten. Die „Gerechtigkeitsliste“, eine Listenverbindung an der auch die schwedische Schwesternorganisation von SAV „Arbeiterbund Offensiv“ teilnahm, erzielte trotz Medienboykott landesweit über 14.000 Stimmen (0,6%), in der Industriestadt Helsingborg 5,3%. Seit dem EG-Referendum, bei dem es eine knappe Mehrheit gab, ist laut Umfragen jetzt eine 2/3-Mehrheit der Bevölkerung dagegen.

Solidarität mit den streikenden Busfahrern

Am 21. Oktober findet der nächste internationale Aktionstag statt. Wir empfehlen Kolleginnen und Kollegen, vor allem aus der ÖTV, an diesem Aktionstag teilzunehmen. Denn was heute in Dänemark passiert, steht morgen in Deutschland auf der Tagesordnung. Deshalb ist der Kampf der Busfahrer in Esbjerg auch unser Kampf.

Wer weitere Infos über den Aktionstag haben will und an Fahrgemeinschaften interessiert ist, melde sich bitte im SAV-Bundesbüro: Tel. 02 21/13 45 04

- Solidaritätsadressen und Spenden an: SID Chauffeures Fagforening, Storegade 52, 6701, Esbjerg, Tel. 0045/7512244 Fax: 0045/75453448. Der Pressesprecher Hans-Jürgen Peters spricht fließend deutsch.
- Konto für Spenden: Arbejderens Landsbank, Konto Nr. 5385-0433-083.
- Chauffeures Faglige Klub, 6700 Esbjerg, DK
- Protestschreiben schicken an die Polizei in Esbjerg (Fax 0045-75-451666) und das Justizministerium in Kopenhagen (Fax 0045-33-933510) mit der Forderung nach sofortiger Freilassung der inhaftierten Kollegen (Björn Marcher, John Andersen, Peter Kleist) und der Beendigung von Polizeiterror und Kriminalisierung.
- Das ÖTV-Magazin berichtet in seiner Oktober-Ausgabe über den Arbeitskampf. Kolleginnen sollten dies zur Grundlage nehmen, um die Sache in die örtliche ÖTV einzubringen. Der ÖTV-Hauptvorstand sollte aufgefördert werden, eine offizielle internationale Solidaritätskampagne zu organisieren.
- Bundestagsabgeordnete der PDS-Fraktion, darunter Winfried Wolf (Verkehrsexperte) und Gerhard Ulltemann (Betriebsrat Bischoffrode), haben sich solidarisiert und ein Protestschreiben an das dänische Justizministerium geschrieben.
- Auf einer Solidaritäts-Veranstaltung in Bremerhaven wurden 420 DM gesammelt.
- Bei einer bundesweiten Betriebs- und Gewerkschaftskonferenz der PDS wurden 720 DM gesammelt.
- Die Berliner SAV hat den Kampf bei den Warnstreiks und Protestversammlungen der Berliner Verkehrsbetriebe eingbracht und ist auf großes Interesse gestoßen.
- Ein Vertreter des Esbjerg Streikkomitees wird auf Einladung der SAV Ende Oktober eine Vortragstournee durch verschiedene Städte durchführen und über den 7-monatigen Arbeitskampf in Dänemark gegen die Privatisierung des Nahverkehrs sprechen. (Siehe dazu auch Artikel Seite 11 und in VORAN Nr. 173 sowie in der Oktober-Ausgabe des ÖTV-Magazins) Termine: Berlin: Dienstag, 24. Oktober, 19 Uhr, Linkstreiff, Weddingstr. 6, Nähe U-Bahnhof Nauener Platz, Kassel: Mittwoch, 25. Oktober, 19 Uhr, Café Libra, gegenüber der Stadthalle Köln: Donnerstag, 26. Oktober, 19.00 Uhr, Bürgerzentrum Deutz, Tempelstr. 41-43 Aachen Freitag, 27. Oktober, 19.00 Uhr, Ché-Haus, Pontstr. 41

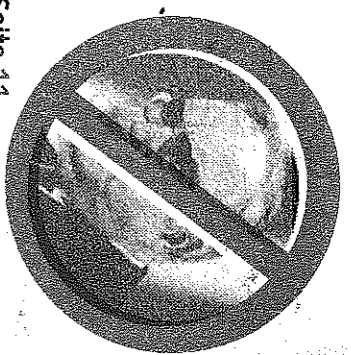
VORAN

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

VORAN N. 174 Oktober 1995

1,- DM Solidaritätspreis 3,- DM

Inhalt	
BVG-Beschäftigte wehren sich	5, 6
ÖTV-Opposition	5, 6
Technologie und Sozialismus	5, 8
Dänischer Busfahrerstreik	Seite 11



NEIN ZUR GROßEN KOALITION

Fünf Jahre nach der Einheit: Massenarbeitslosigkeit, Wohnungsnot trotz Bauboom und drastischer Abbau öffentlicher Dienstleistungen prägen das Bild der Hauptstadt

Am 22. Oktober darf in Berlin gewählt werden, welche Diäten-Abzocker diesmal ihre Hintern in den Parlamentssesseln breitsetzen dürfen. Der Wahlkampf schleppt sich dahin. Kein Wunder: alles deutet auf die Fortsetzung der Großen Koalition hin.

Uwe Nawroth, SAV Berlin

Erinnern wir uns: Vor vier Jahren trat der Diegen-Senat mit der Erklärung an: „Die Sicherung der Arbeitsplätze ist die wichtigste Aufgabe.“ Dafür sorgen sollten Investoren aus aller Welt mit Großprojekten. Die aber haben sich in erster Linie selbst versorgt. Baukonzerne bekamen Aufträge in Höhe von 300 Milliarden DM für den Regierungsumzug, drei Milliarden wurden für die Olympia-Werbung in den Sand gesetzt. Prestige-Objekte wie Tiergarten-tunnel und Großflughafen sind in Arbeit. Und die neu entstehenden Luxusdomizile im Stadtzentrum werden von Kaufhausketten, Großkonzernen, Banken und Versicherungen in Beschlag genommen. Arbeitsplätze aber wurden nicht gesichert. Im Gegenteil, allein in der Industrie entließen die Unternehmen 200.000 Beschäftigte. ABM und Weiterbildungsmaßnahmen unberücksichtigt, sind in Berlin offiziell 215.000 Menschen ohne Job, tausende Lehrstellen fehlen, und die Übernahme danach ist ein Lotteriespiel. Die Angst vor Arbeitslosigkeit wird von den Unternehmen genutzt, um ihre „Flexibilisierung“ durchzusetzen. Fünf Jahre nach der Vereinigung haben die Ostlöhne noch immer kein Westniveau erreicht.

Wohnungsnot trotz Bauboom

Auf der größten Baustelle Europas fehlen zur Zeit 200.000 Wohnungen, 20.-40.000 Menschen sind obdachlos. Steigende Mieten machen die eigenen vier

Wände zum Luxus. Was aber ist der Senat? Er stimmte der Einführung des Vergleichsmietensystems im Osten zu, streicht Gelder für den sozialen Wohnungsbau und stellt dem Kapital Flächen für 1,2 Millionen qm Büroräum zur Verfügung (so groß wie der Bezirk Schöneberg).

Milliarden an Steuerschulden wurden den Unternehmen gnädig gemindert, der Welkonzern Daimler bekam das Grundstück am Potsdamer Platz billig zugeschanzt. In den Chefetagen der großen Konzerne und Banken ist man zufrieden mit diesem Senat.

Die Kehrseite dieser Großzügigkeit gegenüber dem Kapital ist die hoffnungslose Überschuldung des Berliner Haushalts. Die Kosten der Politik der Großen Koalition spüren wir sowohl in unseren Geldbörsen, als auch durch die Sparpolitik zu unseren Lasten. Was für uns „Gürtel enger schnallen“ bedeutet, heißt für die Banken Gewinne machen: 5,5 Milliarden DM Zinszahlung kassieren sie im nächsten Jahr. Die Berliner Bank konnte als Anteilseigner verschiedener Wohnungsbau-gesellschaften von 1989-1993 ihre Gewinne mehr als verdoppeln. Mit diesem Geld aber ließe sich z.B. ein Großteil des baufälligen Wohnbestands in Ostberlin sanieren - ohne Mienelexplosion. Den Preis für den Staatsbankrott soll die Bevölkerung zahlen. Hinter dem Haushaltsplan 1995/96 steckt das schlimmste Kürzungsprogramm seit dem 2. Weltkrieg (siehe Kasten).

Rot-grün als Alternative?

Der neue Senat wird, in welcher Farbkombination auch immer, diese Angriffe durchzuführen versuchen. Mit einem roten grünen Regierungswechsel allein ist ein Bruch mit der Handlungspolitik für die Reichen nicht zu machen. Selbst für SPD-Spitzenfunktionäre ist der Unterschied zur CDU kaum noch sichtbar. Und die Grünen

kürzen auf kommunaler Ebene kräftig mit. Eine andere Politik ist nur möglich, wenn die Bevölkerung ihren Unmut in massenhaften Protesten und Widerstand ausdrückt. Ein rotgrüner Senat lässe sich dabei leichter unter Druck setzen als die Dreiamteams des Kapitals, CDU und FDP.

Zeichen der Kampfereitschaft gab es schon: die Demonstrationen der Kolleginnen bei Bosch-Siemens gegen die Stilllegungspläne, der Widerstand der Beschäftigten der Berliner Verkehrsbetriebe gegen Stellenabbau und Teilprivatisierung, die Streiks im Einzelhandel und in Ostberliner Schulen gegen Lohndrückerei, Arbeitsverdingung und Zwangsversetzungen. Dem härter werdenden Klassenkampf von oben wird noch brutaler und entschlossener Widerstand entgegengesetzt werden müssen. Gelingt es GewerkschaftlerInnen, MieterInnen und SchülerInnen, die Senatspläne gemeinsam zu bekämpfen, werden die Regierenden ernste Probleme bekommen.

PDS wählen reicht nicht

Dabei spielt die PDS eine wichtige Rolle. Sie ist zur Zeit die einzige große Gegenkraft zum Establishment. Als einzige Partei hält sie Reformforderungen aufrecht wie Arbeitszeiterkürzung bei vollem Lohnausgleich, billiger Wohnraum für alle und Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, und organisierte Proteste gegen die Einführung des Vergleichsmietensystems.

Kämpferische Massenpartei

ArbeitsnehmerInnen und Jugendliche werden in Zukunft gezwungen sein, sich zu wehren und konkret nach einer Alternative zu diesem System tragen. Die PDS-Spitze spricht vom Sozialismus, beschränkt sich aber in der Praxis auf Handwerkerlei im Rahmen des bestehenden Systems. Zu befürchten ist auch, daß künftige PDS-Abgeordnete und Bezirksbürgermeister in den Chor der „leeren Kassen“ mit einstimmen, und sich damit mitverantwortlich für kapitalistisches Krisenmanagement machen.

Was nach den Wahlen kommt

- Der Berliner Haushalt hat eine Finanzlücke von 3 Mrd DM. Folge: Nachtragshaushalt und weitere Kürzungen. „Das ist eine Katastrophe“ meinen die Grünen.
- Bis Ende 1996 sollen im öffentlichen Dienst 25.000 Stellen abgebaut werden. Mit der Fusion Berlin-Brandenburg wird es dann in die nächste Runde gehen.
- Die Fahrpreise der BVG sollen weiter steigen; gleichzeitig stehen Privatisierung und der Abbau von 4.700 Stellen bevor (siehe dazu auch Artikel Seite 6).
- Schwimmbäder und Reinigungsdienste sollen privatisiert werden
- Das Tafelsilber wird verschneuert; Stromversorgung und GASAG, die große Gewinne machen, sollen privatisiert werden.
- Wohnungsausgleichsgesellschaften stehen vor der Privatisierung; durch höhere Müllektorgangs- und Abwassertgebühren droht ein Mietpreisaufschlag durch die Hintertür.
- An den Unis werden Studienplätze abgebaut und das Angebot reduziert; überfüllte Schulklassen und Hörsäle werden zur Normalität.
- Eine Erhöhung der Kita-Gebühren ist im Gespräch bei gleichzeitiger Verschlechterung der Betreuung.
- Der Senat plant den Durchbruch beim Ladenschlussgesetz. Was uns als Annehmlichkeit verkauft wird, bedeutet für die KollegInnen mehr Streß und Dienst auf Abruß.



SPD-Spitzenkandidatin Stammer (Mitte): Ihr Laveren läßt eigentlich nur den Schluß zu, daß eine Fortsetzung der Großen Koalition, wenn auch mit erhofftem größerem SPD-Gewicht, angestrebt wird. Einen rotgrünen Senat, womöglich unter Druck der PDS, wollen weder die wirtschaftlich noch die politisch Herrschenden.

MieterInnen gegen die Einführung des Vergleichsmietensystems einen massenhaften Mieterhöhungsboykott zu organisieren, hätte Topferts Vermieterlobby gestoppt werden können. Daß heute jeder zehnte Haushalt in Ostberlin seine Miete nicht regelmäßig überweist, einzelne Wohnungsbau-gesellschaften die Erhöhungs-beschilde auf Einspruch der MieterInnen zurücknehmen mußten, zeigt die Notlage und den große Widerstandswillen der Bevölkerung.

Die einzige Chance liegt in der Organisation von massenhaften, außerparlamentarischen Protest. Dies würde der PDS auch bei der Westberliner Bevölkerung enorme Sympathievorstand hätte Mühe, den SPD-Wählern die Große Koalition noch länger zu verkaufen.

Was nach den Wahlen kommt

den kommenden Klassenkämpfe gelingt, den Konzernbossen die wirtschaftlichen und politischen Schalthebel zu entreißen, die Produktion zu vergesellschaften und sie demokratisch nach den Bedürfnissen Arbeiter zu planen, ist Sozialismus möglich. GewerkschaftlerInnen und Jugendliche dazu leisten und ruft alle Gleichgesinnten auf, mit uns gemeinsam zu kämpfen. ■